

LEBENSBLDER

„Man kneift eben nicht“ – Ein Porträt der Politikerin Dorothee Wilms*

Zum 85. Geburtstag

Denise Lindsay

Dorothee Wilms ist eine ebenso couragierte wie engagierte Politikerin, die auf vielen politischen Feldern präsent war und immer noch aktiv ist. Die „rheinische Katholikin“¹ ist – ihrem Motto „suum cuique“² folgend – weltoffen und verfügt über eine liberale Grundhaltung. Sie besitzt aber durchaus auch eine preußische Pflichtauffassung, die sich in ihrer inneren Grundeinstellung widerspiegelt: „Man kneift eben nicht“.³ Disziplin, Zielstrebigkeit und Einsatzbereitschaft sowie Fleiß und Können haben sie vieles in ihrer beruflichen Laufbahn erreichen lassen. Oft hat sie sogar eine Pionierfunktion eingenommen.

Ihren 2011 erschienenen „Autobiographischen Notizen“ gab die „resolute Rheinländerin“⁴ den bezeichnenden Titel „Zwischen Tradition und Emanzipation“⁵ und dies zeigt den Spannungsbogen auf, in dem sich Dorothee Wilms bewegte und immer noch bewegt.

Herkunft und Ausbildung

Am 11. Oktober 1929 kam Dorothee Margarethe Elisabeth Wilms in der niederrheinischen Stadt Grevenbroich als einziges Kind von Lorenz und Lieselotte Wilms, geb. Schiedges, zur Welt. Die Stadt Grevenbroich verfügte zu diesem Zeitpunkt über verschiedene Industriebetriebe, hauptsächlich Baumwoll- und Kammgarnspinnereien und war – wie der Kreis auch – katholisch geprägt.⁶

* Mein herzlicher Dank gilt Frau Bundesministerin a. D. Dr. Dorothee Wilms für ihre wertvollen Hinweise und Anregungen.

1 Karl-Joachim Kierey: gefragt: Dorothee Wilms. Bornheim 1990, S. 49.

2 Fragebogen der FAZ, 11. November 1988.

3 Arnd Brummer: Dorothee Wilms: Man kneift eben nicht, in: Darmstädter Echo, 14. März 1988.

4 Brigitte Mohr: Resolute Rheinländerin, in: FAZ, 16. Oktober 1982.

5 Dorothee Wilms: Zwischen Tradition und Emanzipation. Autobiographische Notizen einer Politikerin. Köln 2011.

6 1925 hatte der Kreis Grevenbroich 53.632 Einwohner, davon waren 46.070 katholisch und 6.992 evangelisch, in: <http://www.verwaltungsgeschichte.de/neuss.html> (Abruf: 2. September 2013). – In der Stadt Grevenbroich lebten 1939 12.376 Bürger, davon waren 11.257 katholischer und 956 evangelischer Konfession, ebd.

Lorenz Wilms, der der Zentrumsparterie angehörte, war seit 1924 Bürgermeister von Grevenbroich. Die Mutter Lieselotte, die aus einer Mönchengladbacher Kaufmannsfamilie stammte, war Hausfrau und umfassend, vor allem musikalisch, gebildet. Dorothee Wilms blieb das einzige Kind ihrer Eltern und wurde streng sowie „zur Konsequenz“⁷ erzogen in einem gutsituierten Elternhaus ohne materielle Not. Die Erziehung folgte festen Normen und Wertmaßstäben – wie etwa Pünktlichkeit, Ordnungssinn, Sparsamkeit –, von denen sie in ihrem späteren Leben sicherlich profitierte und die ihr einen festen Halt gaben. Zudem standen im politisch interessierten Elternhaus Diskussionen über aktuelle Ereignisse auf der Tagesordnung. Dadurch wurde der politische Sachverstand von Dorothee Wilms schon früh geschult.

Bedingt durch eine Erkrankung, die längere Kuraufenthalte in einem Kinder-sanatorium in Garmisch-Partenkirchen in den Jahren 1936 und 1937 nötig machte, wurde sie erst 1937 in die katholische Grundschule in Grevenbroich eingeschult. Hier zeigten sich schon bald ihre Disziplin und ihre Leistungsbereitschaft. Sie bekam die Gelegenheit, das verlorene Schuljahr nachzuholen; dies gelang mit Hilfe von Nachhilfestunden, Fleiß und guten Leistungen. Schon 1940 konnte sie auf die „Oberschule für Jungen“, der einzigen höheren Schule in ihrer Heimatstadt, wechseln. Abitur abzulegen war zu diesem Zeitpunkt für Mädchen noch eher ungewöhnlich. Zudem fand die weiterführende Schulbildung für Jungen und Mädchen meist in getrennten Einrichtungen statt, die sogenannte Koedukation setzte sich erst in den 1950er Jahren nach und nach durch.⁸ Die Oberschule für Jungen sah Englischunterricht in der ersten Klasse sowie Lateinunterricht von der dritten Klasse an vor. Eine Oberschule für Mädchen bot in der Oberstufe zwei Kurse an, einen sprachlichen und einen hauswirtschaftlichen. Allerdings erhielten nur die Absolventinnen des sprachlichen Zweigs die allgemeine Hochschulreife.⁹

Die Schulzeit von Dorothee Wilms fiel in die Zeit des Nationalsozialismus. Wie allgemein üblich, wurde sie Mitglied in der NS-Jugendorganisation „Jungmädelsbund“, in dem zehn bis 14-jährige Mädchen organisiert wurden – eine Zeit, die sie nicht sonderlich beeindruckte, ihr aber fürs ganze Leben eine Abneigung gegen organisierte Gemeinsamkeit eingepflanzt hat. Da sie aus einem katholischen Elternhaus stammte, war die religiöse Erziehung eine Selbstverständlichkeit; auch während der Zeit des Nationalsozialismus wurde die Sonn-

7 Wilms: Zwischen Tradition und Emanzipation, S. 9.

8 Vgl. dazu Gabriele Neghbian: Frauenschule und Frauenberufe. Ein Beitrag zur Bildungs- und Sozialgeschichte Preußens (1908–1945) und Nordrhein-Westfalens (Studien und Dokumentationen zur Bildungsgeschichte 49). Köln u. a. 1993.

9 Vgl. dazu Bernd Zymek: Kapitel Schulen, in: Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Hg. von Dieter Langewiesche und Heinz-Elmar Tenorth. Bd. V: 1918–1945: Die Weimarer Republik und die nationalsozialistische Diktatur. München 1989, S. 155–205.

tagsmesse besucht, und Dorothee Wilms ging im Frühjahr 1939 erwartungsgemäß zur Erstkommunion.

Das einschneidende Erlebnis in ihrer Kindheit war der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs im September 1939. Am 12. Mai 1940 flog die britische Royal Air Force einen ersten Luftangriff auf die etwa 20 Kilometer von Grevenbroich entfernt gelegene Stadt Mönchengladbach; erste Bomben fielen auch am Rand von Grevenbroich. Dieses Ereignis beendete eine bis dahin behütete und unbeschwerte Kindheit. Die nächtlichen Bombardements der amerikanischen Luftwaffe in den folgenden Kriegsjahren sowie Tagesangriffe der Royal Air Force ab 1943 auf die Umgebung ihrer Heimatstadt wirkten sich zunehmend störend auf den Schulunterricht und das alltägliche Leben insgesamt aus. Ein geregelter Tagesablauf wurde unmöglich. Dorothee Wilms beschreibt anschaulich: „Angst wurde zur vorherrschenden Gemütslage!“¹⁰ Im Oktober 1944 wurde die Schule kriegsbedingt ganz geschlossen. Eine Evakuierung von Frau und Tochter in die Nähe von Magdeburg lehnte Lorenz Wilms mit Blick auf die Gefahr, die vom Vormarsch der Roten Armee auf den Osten Deutschlands ausging, strikt ab. So verbrachte Dorothee Wilms mit ihrer Mutter – und später auch dem erkrankten Vater – einige Monate im Oberbergischen Land. Hier erlebte sie auch den Einmarsch der US-Armee im Frühjahr 1945.

Im Juni 1945 kehrte Dorothee Wilms mit ihren Eltern in einen Vorort ihrer Heimatstadt Grevenbroich – die nun in der britischen Besatzungszone lag – zurück und lebte dort drei Jahre lang auf einem Bauernhof. Da der Vater, der sich beim Aufbau der CDU im Rheinland engagierte, nicht weiter das Bürgermeisteramt ausübte, stand die Dienstwohnung, die die Familie über Jahre hinweg bewohnt hatte, nicht mehr zur Verfügung. Der Alltag war von der Beschaffung von Lebensmitteln und Heizmaterialien bestimmt. Den Schulbesuch nahm Dorothee Wilms im Herbst 1945 an ihrer alten Schule, nun in Humanistisches Gymnasium umbenannt, wieder auf und empfand dies – trotz der Beeinträchtigungen, die der Mangel an geeigneten Schulräumen und fehlenden Unterrichtsmaterialien mit sich brachte – als „echten Neuanfang“¹¹. Besonders in Erinnerung geblieben sind ihr die offen geführten Diskussionen, auch über die nationalsozialistischen Verbrechen. Aber auch in der Schule stand das alltägliche Überleben im Mittelpunkt. Schulspeisungen sicherten vielfach die Ernährung der Kinder. Durch die Aufnahme von Flüchtlingen aus den ehemals deutschen Ostgebieten sowie von zurückkehrenden Wehrmachtssoldaten oder Jugendlichen, die noch in den letzten Kriegstagen als Luftwaffenhelfer eingezogen worden waren, hatten sich die Zusammensetzung der Schüler und deren Altersdurchschnitt gravierend verändert.

10 Wilms: *Zwischen Tradition und Emanzipation*, S. 12.

11 Ebd., S. 15.

Dorothee Wilms legte 1950 ihr Abitur ab – als einziges Mädchen ihres Jahrgangs. Zu diesem Zeitpunkt war dies noch eine Besonderheit. Für die meisten Mädchen und vor allem deren Eltern war das Abitur kein erstrebenswertes Ziel, denn in vielen Familien herrschte die Meinung vor, Mädchen heiraten und brauchen deshalb keine weiterführende Schulausbildung – oder gar ein Studium. Diese Kosten wollte man sparen. Immer noch hatte das Leitbild der Hausfrauenehe Gültigkeit: Man ging davon aus, dass Frauen nach der Heirat ihre Berufstätigkeit aufgaben, um sich um den Haushalt und die Kinder zu kümmern.¹²

Wie auch beim Abitur ging Dorothee Wilms mit der Unterstützung ihrer Eltern einen anderen Weg und nahm im Sommersemester 1950 ihr Studium an der Universität in Köln auf.¹³ In der weiteren Familie, in der es kaum Akademiker gab, stieß diese ungewöhnliche und fortschrittliche Entscheidung vielfach auf Unverständnis. Zunächst wählte sie die Fächer Germanistik und Geschichte mit dem Ziel, Studienrätin zu werden und so einen Wunsch ihres Vaters zu erfüllen, dem die Beamtenlaufbahn eine finanzielle Absicherung für die Tochter im Fall der Nichtverheiratung zu bieten schien. Nach nur einem Semester wechselte Dorothee Wilms die Fächer, da ihr Germanistik nicht zusagte. Ab dem Wintersemester 1950/51 studierte sie Volkswirtschaftslehre, Sozialpolitik und Soziologie und hörte nebenbei weiterhin Vorlesungen im Fach Geschichte.

Frauen waren zu diesem Zeitpunkt im Bereich der Wirtschaftswissenschaften – wie auch bei den Rechtswissenschaften – noch seltener als in den Geistes- und Sprachwissenschaften. Diese gehörten zu den bevorzugteren Fachrichtungen weiblicher Studenten, eben mit dem Ziel, Lehrerin an einer höheren Schule zu werden. Danach kamen Medizin und Pharmazie in der Beliebtheitskala.¹⁴ 1959 studierten zum Beispiel 5.595 Frauen und 17.353 Männer in der Bundesrepublik Wirtschafts- und Sozialwissenschaften.¹⁵ In den 1950er Jahren war die Lage der Frauen an den Hochschulen nicht immer einfach. Einer Umfrage zufolge standen 40 Prozent des Lehrkörpers an deutschen Hochschulen dem Frauenstudium „bedingt negativ“ und 24 Prozent sogar „grundsätzlich

12 Vgl. dazu Astrid Joosten: Die Frau, das „segenspendende Herz der Familie“. Familienpolitik als Frauenpolitik in der „Ära Adenauer“ (Forum Frauengeschichte 6). Pfaffenweiler 1990.

13 Zum ordentlichen Studium waren Frauen erstmals mit großherzoglichem Erlass vom 22. Februar 1900 im Großherzogtum Baden zugelassen worden. Nach und nach zogen alle deutschen Staaten nach, 1908/09 erlaubte das Königreich Preußen das Frauenstudium an seinen neun Landesuniversitäten. Vgl. dazu Ingrid Schmidt-Harzbach: Frauen, Bildung und Universität, in: Hans-Werner Prahl/Dies.: Die Universität. Eine Kultur- und Sozialgeschichte. München u. a. 1981, S. 175–212.

14 Vgl. die Aufstellung in Stifterverband für die deutsche Wissenschaft (Hg.): Die Akademikerin. Jahrbuch 1960. Essen 1960, S. 30f.

15 Vgl. ebd., S. 34.

ablehnend“ gegenüber. Nur vier Prozent hatten eine „positive“ Haltung.¹⁶ Auch die Einstellung des Lehrkörpers zu weiblichem Lehrpersonal schwankte zwischen „bedingt negativ“ (40 Prozent) und „grundsätzlich ablehnend“ (39 Prozent). Eine „positive“ Haltung nahmen hier nur zwei Prozent der Befragten ein.¹⁷

Für Dorothee Wilms war es kein ungewöhnlicher Zustand, fast alleine unter männlichen Kommilitonen zu sein; sie hatte schon in ihrer Schulzeit als eines von wenigen Mädchen unter Jungen gelernt, sich durchzusetzen und konnte dementsprechend selbstbewusst auftreten. Ihr Studium setzte sie mit großem Einsatz fort. Ihr Vater bezahlte für sie die Studiengebühren; sie selbst – die während des Studiums weiter bei ihren Eltern lebte, da Wohnraum im kriegszerstörten Köln noch immer knapp war – arbeitete in den Semesterferien als Werkstudentin in der Sparkasse oder in der Buchhaltung eines Aluminiumwalzwerks ihres Heimatortes. Mit dem selbstverdienten Geld unternahm sie auch Reisen ins benachbarte Ausland – für ihre Generation ein großes Erlebnis. Obwohl für sie ein guter Studienabschluss im Vordergrund stand, da sie eine Promotion und danach die Berufstätigkeit anstrebte, begann sie am Ende ihres Studiums mit der Mitarbeit im gerade gegründeten Ring Christlich-Demokratischer Studenten auch ihr politisches Engagement. Erste Erfahrungen hatte sie schon 1949 im Wahlkampf zur ersten Bundestagswahl gesammelt, sie klebte Plakate und verteilte Handzettel – natürlich für die CDU Konrad Adenauers. Aus einem politisch interessierten Elternhaus stammend war politische Mitwirkung für sie eine Selbstverständlichkeit.

Start in das Berufsleben

Nachdem Dorothee Wilms 1954 die Diplom-Prüfung bestanden hatte, gelang es ihr durch Vermittlung von Aenne Brauksiepe – der Kölner CDU-Bundestagsabgeordneten, späteren Vorsitzenden der Frauenvereinigung und Bundesministerin –, eine Stelle im Deutschen Industriemuseum zu erhalten.

Das heutige Institut der deutschen Wirtschaft (IW) – die Umbenennung erfolgte 1973 – war im Januar 1951 als Deutsches Industriemuseum gegründet worden und hatte noch im gleichen Jahr seine Arbeit unter Leitung von Dr. Fritz Hellwig in Köln aufgenommen. Dorothee Wilms arbeitete zunächst als studentische Hilfskraft in der Institutsbibliothek und begann zugleich mit den Arbeiten an ihrer Dissertation. Im Institut nahm sie anfangs Literatur auf Kar-

16 Vgl. hierzu Hans Anger: Probleme der deutschen Universitäten. Bericht über eine Erhebung unter Professoren und Dozenten. Tübingen 1960, S. 478.

17 Ebd., S. 489. Vgl. hierzu auch das Kapitel „VII: Exkurs über Studentinnen“ bei Helge Pross: Über die Bildungschancen von Mädchen in der Bundesrepublik. Frankfurt/Main 1969, S. 44–55.

teikarten auf und bekam so auch die Gelegenheit, sich in ihr bislang nicht bekannte Werke marxistischer Provenienz einzulesen. Im Herbst 1955 erfolgte ihre Festanstellung im Institut als „Assistentin für Mädchen- und Frauenfragen“ in der Abteilung „Bildungs- und Gesellschaftspolitische Fragen“, die von Dr. Fritz Arlt geleitet wurde.

Im Juni 1956 wurde sie mit einer Dissertation zum Thema „Das makro- und mikroökonomische Verfahren in der Nationalökonomie“ bei Professor Dr. Alfred Müller-Armack in Köln zum Dr. rer. pol. promoviert. An ihrem Arbeitsplatz änderte sich sogleich ihre Stellung und die Art, wie sie angesprochen wurde – wie sie in ihrer Autobiographie mit einem Augenzwinkern vermerkt. Aus „Fräulein Wilms“ wurde „Frau Dr. Wilms“¹⁸ und sie verstand es, sich unter den zumeist männlichen Kollegen Respekt zu verschaffen. Frauen in Führungspositionen waren in der reinen Männerdomäne zu diesem Zeitpunkt fast exotische Wesen; sie selbst war erst die zweite Akademikerin überhaupt, die im Institut arbeitenden Frauen waren zumeist als Sekretärinnen tätig.

Doch Dorothee Wilms war geschickt und durchsetzungsfähig genug, um sich in der Männerwelt zu behaupten. In ihrer Arbeit befasste sie sich mit den Fragen der beruflichen und betrieblichen Bildung, der Ausbildung von Lehrlingen und der Berufstätigkeit von Frauen und Mädchen. Des Weiteren gehörte aber auch die Auseinandersetzung mit der marxistischen Ideologie und dem Gesellschaftssystem der DDR zu ihrer Tätigkeit.¹⁹ Damit verbunden waren zudem Reisen ins geteilte, aber noch nicht durch eine Mauer getrennte Berlin sowie die Teilnahme an Diskussionsveranstaltungen mit FDJ-Funktionären.

Das Thema der besseren beruflichen Ausbildung von Frauen und die damit verbundene Stärkung ihrer Chancen auf dem Arbeitsmarkt zieht sich wie ein roter Faden durch die Publikationen, die Dorothee Wilms schon bald zu veröffentlichen begann. 1950 betrug der Anteil der Mädchen an der Zahl der Lehrlinge 25 Prozent, bis 1963 war er auf 36 Prozent gestiegen. Auch der Anteil der Mädchen an den Abiturienten war nur langsam gewachsen: von 32 Prozent (1951) auf 37 Prozent (1964).²⁰

1962 publizierte sie zusammen mit Fritz Arlt eine Studie mit dem Titel „Junge Arbeiter antworten ...“, die die Ergebnisse einer Umfrage unter Jugendli-

18 Die Anrede „Fräulein“ für unverheiratete Frauen wurde erst am 16. Februar 1971 von Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher aus dem offiziellen Sprachgebrauch der Behörden getilgt.

19 Vgl. Wilms: *Zwischen Tradition und Emanzipation*, S. 29.

20 Vgl. Pross: *Über die Bildungschancen von Mädchen in der Bundesrepublik*, S. 19. Vgl. auch Julia Paulus: *Berufene Arbeit? Zur Berufsausbildung junger Frauen in der Bundesrepublik*, in: Julia Paulus/Eva-Maria Silies/Kerstin Wolff (Hg.): *Zeitgeschichte als Geschlechtergeschichte. Neue Perspektiven auf die Bundesrepublik (Geschichte und Geschlechter 62)*. Frankfurt/Main 2012, S. 119–143.

chen über die Situation in ihren Betrieben präsentierte.²¹ Auch mit den Auswirkungen der modernen Industriegesellschaft und den dadurch veränderten Arbeitsbedingungen befasste sie sich.²² In einem Referat auf dem Bundestreffen der Caritas-Schwesternschaft 1962 nahm sie aus der Sicht des Soziologen Stellung zur Thematik: „Zwischen gestern und morgen liegt eine veränderte Welt“. Hier ging sie unter anderem auch auf die „völlig veränderte Stellung der Frau in der Gesellschaft und der Familie“²³ ein. Sie trat, angesichts der doch allmählich selbstverständlicher werdenden Berufstätigkeit von Frauen, für eine qualifizierte Berufsausbildung junger Mädchen ein, schränkte dies aber – dem Zeitgeist entsprechend – ein: „Es [das junge Mädchen] muß aber auch wieder wissen, daß bei einigermaßen tragbaren finanziellen Verhältnissen die Mutter in die Familie gehört, bis die Kinder dem Haus entwachsen sind.“²⁴ Gleichzeitig setzte sie sich dafür ein, dass es den Frauen ermöglicht wurde, auch später wieder in den Beruf einzusteigen. So befasste sich eine 1964 erschienene Publikation mit dem Thema „Ausbildung, Weiterbildung, Aufstieg von Mädchen und Frauen in der modernen Arbeitswelt“.²⁵

Auch bei Podiumsdiskussionen war sie als Expertin immer wieder eine gern gesehene Teilnehmerin. Am 3. Mai 1966 sprach sie auf einer Tagung der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt über die „Notwendigkeit einer intensiven Ausbildung und Weiterbildung von Mädchen und Frauen“.²⁶ Am 21. April 1966 beteiligte sie sich an einem Podiumsgespräch zum Thema „Die gewandelte Stellung der Frau“ bei den Hochschulwochen in Bad Wildungen. Hier forderte sie Eltern erneut explizit auf, auch den Töchtern eine qualifizierte Ausbildung zukommen zu lassen. Da die Berufstätigkeit im Leben einer Frau eine immer größere Rolle spielen und auch länger andauern werde als bis zur Heirat oder der Geburt des ersten Kindes, sei eine gute Bildung durchaus keine

-
- 21 Fritz Arlt/Dorothee Wilms: Junge Arbeiter antworten ... Junge Arbeiter und Angestellte äußern sich zu Beruf und Arbeit, Gesellschaft und Bildung. Ein Beitrag zur Jugendsozialarbeit innerhalb und außerhalb des Betriebes. Braunschweig 1962.
- 22 Vgl. Dorothee Wilms: Mädchen sind anders! Sonderproblem der Aus- und Fortbildung von weiblichen Arbeitskräften. Hg. vom Deutschen Industrie-Institut (Hilfen zur Weiterbildung betrieblicher Ausbilder – Teil H). Köln 1969.
- 23 Schwester zwischen gestern und morgen. Ansprachen und Referate gehalten beim Bundestreffen der Caritas-Schwesternschaft in Königstein/Taunus, Albertus-Magnus-Kolleg, August 1962. Hg. von der Zentrale der Caritas-Schwesternschaft. Freiburg o. J., S. 21–31, hier S. 30.
- 24 Ebd., S. 31.
- 25 Dorothee Wilms/Eva Dennebaum: Ausbildung, Weiterbildung, Aufstieg von Mädchen und Frauen in der modernen Arbeitswelt (Materialien zu bildungs- und gesellschaftspolitischen Fragen 7). Köln 1964.
- 26 Gesellschaft für Sozialen Fortschritt e. V. (Hg.): Die berufstätige Frau heute und morgen. Referate und Diskussionen auf einer Tagung der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt über „Die berufstätige Frau heute und morgen“ in Bad Godesberg am 3. Mai 1966. Berlin 1966.

„Fehlinvestition“ mehr.²⁷ Dies war eine Forderung, die sie auch später immer wieder äußerte – was aber auch zeigt, wie schwer sich gesellschaftliche Vorgaben und Denkweisen ändern lassen. Noch 1986, auf einer Tagung des Deutschen Akademikerinnenbundes, wies sie auf die Prägung des Elternhauses hin und forderte die Mädchen auf, Stereotype bei der Berufswahl endlich aufzugeben und sich nicht mehr auf „Sachgebiete, die schon ihre Mütter und Großmütter für frauentypisch gehalten haben“ zu kaprizieren.²⁸

Dorothee Wilms sah eine qualifizierte Berufsausbildung für Mädchen wie Jungen als unerlässlich an und es war ihr immer wichtig, vor allem Mädchen den Nutzen einer guten Ausbildung vor Augen zu führen, denn so waren Frauen in der Lage, „in den Wechselfällen des Lebens“ für sich selbst zu sorgen.²⁹ In ihren Augen bedeutete eine qualifizierte Berufsausbildung zudem die Erlangung von Sozialkompetenz: „Der Beruf, vor allem wenn er auf einer guten Ausbildung aufbaut, bringt auch für die charakterliche Bildung, die Wissensvermittlung, die Weitung des geistigen Blickfelds, die sozialen Verhaltensweisen im Umgang mit den Menschen usw. kaum zu überschätzende Werte mit sich.“³⁰ Ferner wies sie zu Beginn ihrer Publikationstätigkeit öfters darauf hin, dass das Leben von Frauen in durchaus unterschiedlichen Stufen verlaufen würde. Sie orientierte sich in ihrer Unterteilung der weiblichen Berufstätigkeit am Drei-Phasen-Modell, das Alva Myrdal und Viola Klein Ende der 1950er Jahre entwickelt hatten.³¹ Der erste Entwicklungsabschnitt dieses Modells sah die Ausbildung der Frau sowie eine erste Berufstätigkeit vor, im zweiten wurde die Berufstätigkeit bedingt durch Heirat, Geburt und Erziehung der Kinder

27 Vgl. Die gewandelte Stellung der Frau (Zur Problematik der Gleichberechtigung). Podiumsgespräch am 21. April 1966 bei den Hochschulwochen für staatswissenschaftliche Fortbildung in Bad Wildungen. Sonderdruck Bad Homburg 1966, S. 11–16, hier S. 14. Vgl. auch Gerhard Schmidchen: Die Situation der Frau. Trendbeobachtungen über Rollen- und Bewußtseinsänderungen der Frauen in der Bundesrepublik Deutschland (Soziale Orientierung 3). Berlin 1984; Gunilla Budde: Frauen arbeiten. Weibliche Erwerbstätigkeit in Ost- und Westdeutschland nach 1945. Göttingen 1997; Christine von Oertzen: Teilzeitarbeit und die Lust am Zuverdienen. Geschlechterpolitik und gesellschaftlicher Wandel in Westdeutschland 1948–1969 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 132). Göttingen 1999.

28 Vgl. Dorothee Wilms: Frauen in Naturwissenschaft und Technik. Politische Grundlegung und Ziele, in: Frauen in Naturwissenschaft und Technik. Dokumentation der IV. Hochschultagung des Deutschen Akademikerinnenbundes vom 18. bis 20. April 1986 in Bonn. Hg. vom Deutschen Akademikerinnen Bund e. V. [Köln 1987], S. 25–30, hier S. 26.

29 Malte Berger: gefragt: Dorothee Wilms. Bornheim 1984, S. 42.

30 Dorothee Wilms: Berufsvorbereitung und Berufsausbildung der Frau in der modernen Industriegesellschaft, in: Ingeborg Marx (Hg.): Die Frau in der Berufswelt der Industriegesellschaft. Berufsvorbereitung und Industriegesellschaft. Köln [1964], S. 77–79, hier S. 78.

31 Vgl. Alva Myrdal/Viola Klein: Women's Two Roles – Home and Work, London 1956 (dt. Ausgabe: Die Doppelrolle der Frau in Familie und Beruf. Köln u. a. 1960).

vorübergehend unterbrochen, worauf in der dritten Phase, wenn die Kinder größer waren, der Wiedereintritt ins Berufsleben erfolgte.³²

Ihre Tätigkeit im Institut der deutschen Wirtschaft setzte Frau Wilms erfolgreich fort, 1972 wurde sie Mitglied der Geschäftsleitung. Außerdem lehrte sie von 1960 bis 1967 als nebenamtliche Dozentin für Wirtschafts- und Gesellschaftslehre an der Katholischen Höheren Fachschule für außerschulische Pädagogik in Altenberg.

Engagement in verschiedenen Organisationen und Einstieg in die Politik

Dorothee Wilms' Verbundenheit mit der katholischen Kirche zeigte sich auch in ihrem Einsatz im vopolitischen Raum. So begann sie die Mitarbeit im Zentralvorstand des Deutschen Katholischen Frauenbundes.³³ Hier fand sie eine Plattform für bildungspolitische Aktivitäten und lernte viele ältere Frauen kennen, die schon zu Zeiten des Kaiserreichs und der Weimarer Republik für das Recht der Frauen auf Bildung gestritten hatten. Positiver Nebeneffekt war auch, dass sie sich so allmählich ein Netzwerk aus hilfreichen Kontakten und Bekanntschaften schuf. 1972 wurde sie zudem Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken und behielt die Mitgliedschaft bis 1996 bei.

Am 1. April 1961 trat Dorothee Wilms in die CDU ein und war von 1967 an Mitglied im Rat ihrer Heimatstadt Grevenbroich, wo sie zu diesem Zeitpunkt noch ihren Hauptwohnsitz hatte, da sie sich um ihre Eltern kümmerte. Die Stadtratstätigkeit gab sie allerdings 1973 wieder auf, da sich das Pendeln zwischen Wohnort und Arbeitsstätte auf die Zeit, die sie für ihre Arbeit im Rat als unerlässlich ansah, negativ auswirkte und ein halbherziger Einsatz nicht ihre Sache war.³⁴

Da in der Frauenvereinigung Rheinland ein Generationswechsel fällig war nach den Jahren, in denen die bisherige Landesvorsitzende Maria Stommel erfolgreich für die Frauen gewirkt hatte, trat sie 1973 gegen diese an und wurde zur Nachfolgerin gewählt. Auch in diesem Amt war es Dorothee Wilms ein Anliegen, die Frauen „politischer“ zu machen, die Frauenvereinigung sollte mehr sein als nur eine Vertretung für soziale Anliegen und ein breiteres Spektrum behandeln als reine Frauenthemen.³⁵ So betonte sie in einer Presseerklärung, dass es „keine isoliert zu sehenden und zu lösenden ‚Frauenfragen‘“

32 Vgl. dazu auch Julia Paulus: Familienrollen und Geschlechterverhältnisse im Wandel, in: Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit in der Bundesrepublik (Forschungen zur Regionalgeschichte 44). Hg. von Matthias Frese, Julia Paulus und Karl Teepe. Paderborn u. a. 2005, S. 107–119.

33 Vgl. Wilms: Zwischen Tradition und Emanzipation, S. 37.

34 Vgl. ebd., S. 57.

35 Vgl. ebd., S. 54. Vgl. auch Maria Sand: Die CDU-Frauenvereinigung: Kämpferisch und realistisch, in: Westfälische Nachrichten, 15. März 1975.

gäbe.³⁶ Am 12. Mai 1979 verabschiedete die Landesversammlung der Frauenvereinigung Rheinland unter ihrer Führung ein „10-Punkte-Programm zur Gleichbehandlung der Frau in Beruf und Politik“, in dem das Prinzip der „Wahlfreiheit“ für Frauen schon artikuliert wurde, das der CDU-Bundesparteitag in Essen 1985 aufgreifen sollte. Gefordert wurde, dass den Frauen ermöglicht werden sollte, „sich für verschiedene Lebensgestaltungsformen frei zu entscheiden“ sowie die „heute in der Praxis des Alltags noch keineswegs voll realisierte Gleichberechtigung der Frau durchzusetzen“.³⁷ Ein modernes Frauenbild in der CDU war Frau Wilms wichtig; so sollten die Frauen „nicht den Eindruck gewinnen, daß wir sie auf die Familien und Mutterrolle zurückdrängen wollen“, sagte sie auf der Landesvorstandssitzung der CDU Rheinland am 16. November 1984 in Düsseldorf.³⁸ Ihr Einsatz zahlte sich aus, 1979 wurde sie mit 172 von 182 Stimmen im Amt als Vorsitzende der Frauenvereinigung Rheinland bestätigt; 1981 erhielt sie 174 von 182 abgegebenen Stimmen; 1983 waren es 181 von 191 abgegebenen Stimmen. 1985 kandidierte sie nicht wieder und gab die Stafette ebenfalls an eine jüngere Frau weiter. Irmgard Karwatzki folgte ihr im Landesvorsitz der Frauenvereinigung nach.

Kurz vor ihrem Ausscheiden aus dem Amt erteilte Frau Wilms der zur diesem Zeitpunkt zur Diskussion stehenden Fusion der beiden CDU-Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe noch eine „nachdrücklich[e]“ Absage, da sie in dieser Aktion keine geeignete Möglichkeit sah, „Personalquerelen über geänderte Organisationsstrukturen“ zu lösen.³⁹

Nach ihrem Parteieintritt trat sie bald schon als Referentin bei CDU-Veranstaltungen auf. Auf dem 10. Bundesparteitag der CDU, der vom 24. bis 27. April 1961 in Köln stattfand, hielt sie einen kurzen Redebeitrag, der die „Situation und Bedeutung der erwerbstätigen Frau in der gewerblichen Wirtschaft“ zum Thema hatte. Sie plädierte dafür: „Wir müssen uns daher auch mehr als bisher um die allgemeine und politische Bildung der berufstätigen Frauen kümmern. Berufliche und politische Verantwortung lassen sich in einem christlichen und demokratischen Staat wie in einer modernen Wirtschaft nicht trennen. Ich glaube, nur die allseitig gebildete und sich ihrer Verantwortung bewußte Frau wird bei der immer größer werdenden Komplizierung und

36 Presseerklärung von Dr. Dorothee Wilms vom 8. Mai 1979, in: Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) 04-003-124/1 (Bestand Frauenvereinigung/Frauen-Union/EFU).

37 „Beschluß der Landesversammlung am 12.05.1979 in Wuppertal“, in: ACDP 04-003-124/1.

38 Zitiert nach Guido Hitze: *Verlorene Jahre. Die nordrhein-westfälische CDU in der Opposition 1975–1995* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 45). Teil I: 1975–1985. Düsseldorf 2010, S. 837 Anm. 91.

39 Karlegon Helbach: *Worms: Teilung der CDU überwinden*, in: *Kölner Stadt-Anzeiger*, 3. Juni 1985.

Undurchsichtigkeit des Lebens in der modernen Gesellschaft, im Betrieb, im politischen Leben und in der Familie ihre Aufgabe als Frau erfüllen können.“⁴⁰

Vom 2. bis 4. Dezember 1964 setzte sich die CDU auf einem großen Frauenkongress unter dem Titel „Frau und Arbeitswelt – morgen“ erstmals mit der Situation und den Problemen berufstätiger Frauen auseinander.⁴¹ Dorothee Wilms referierte im Arbeitskreis III „Bildungsfragen“, der von Christine Teusch geleitet wurde. Auch hier appellierte sie wieder an eine Stärkung des Bildungswillens bei Eltern und Töchtern. Die Veranstaltung, die sich mit vielfältigen Aspekten weiblicher Berufstätigkeit befasste, stieß in den Medien auf durchaus positive Resonanz.⁴²

Auf dem 13. Bundesparteitag der CDU 1965 in Düsseldorf ergriff sie erneut das Wort und plädierte – vorausschauend – für „Alternativmöglichkeiten“, die Frauen die Verbindung von Familie und Beruf erleichtern sollten, auch unter dem Aspekt, „wenn man einmal eine Ausbildung durchgemacht hat, hängt man um so mehr am Beruf, je qualifizierter diese Ausbildung gewesen ist“.⁴³

Auf einer Veranstaltung zum 70-jährigen Bestehen des Katholischen Frauenbundes 1975 setzte sie sich erneut mit dem im Wandel begriffenen Frauenbild auseinander und forderte zu einer Auseinandersetzung mit der neuen Rolle der Frau auf. Sie lehnte ein starres Rollenmodell ab und vertrat – ihren liberalen Prinzipien folgend – die Ansicht, dass es absolut richtig sei, wenn „jeder versucht, sein Leben nach seinen Wertvorstellungen und Idealen individuell zu gestalten und zu verantworten“.⁴⁴ Frauen forderte sie zu mehr Selbstbewusstsein und verstärktem gesellschaftlichem Engagement sowie zu einer Neu-Definition der eigenen Rolle auf, um neue, notwendige Leitbilder zu schaffen, denn: „Frauenprobleme sind gesamtgesellschaftliche Probleme“.⁴⁵ In ihren Augen sollten Frauen selbst entscheiden können, wie sie sich verwirklichen wollten. Einen Druck auf Frauen und die Alleinstellung der Frauener-

40 Protokoll des 10. Bundesparteitags der CDU, in: http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Protokolle_Bundesparteitage/1961-04-24-27_Protokoll_10.Bundesparteitag_Koeln.pdf, S. 231–233, hier S. 232f. (Abruf: 2. September 2013).

41 Materialien zum CDU-Frauenkongress, in: ACDP, Pressearchiv 2/201/3-2-7-1.

42 Vgl. Hedwig Biermann: „Die Frau hat eine Chance wie nie zuvor“, in: *Echo der Zeit*, 13. Dezember 1964; Lisbet Pfeiffer: Die eigene Wirklichkeit schaffen, in: *Stuttgarter Zeitung*, 15. Dezember 1964; Ruth Stiff-Single: Kampf dem Vorurteil, in: *Saarbrücker Zeitung*, 9. Dezember 1964.

43 13. Bundesparteitag der CDU, 28.–31. März 1965, in: http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Protokolle_Bundesparteitage/1965-03-28-31_Protokoll_13.Bundesparteitag_Duesseldorf.pdf, S. 510–512, hier S. 511 (Abruf: 2. September 2013).

44 Dorothee Wilms: Verantwortung der Frau in der modernen Gesellschaft, in: *Gerechtigkeit und Friede durch die Mitarbeit der Frau. Eine Zusammenfassung von Beiträgen aus den Veranstaltungen des Katholischen Deutschen Frauenbundes zu seinem 70jährigen Bestehen und zum Internationalen Jahr der Frau*. Hg. von der Zentrale des Katholischen Deutschen Frauenbundes. Köln 1975, S. 20–25, hier S. 24.

45 Ebd., S. 25.

werbsarbeit lehnte sie ebenso ab, wie eine Verbannung der Frauen ins Haus. Sie war eine entschiedene Vertreterin des „Partnerschaftsgedankens“ und lehnte „überzogene Emanzipationsbestrebungen“ dezidiert ab.⁴⁶ Wichtig war ihr, dass Frauen selbst zu einer eindeutigen Entscheidung kommen sollten, was sie eigentlich wollten, „ein klares Wollen, eine Linie, eine Konzeption muß vorhanden sein.“⁴⁷

Das in der Bundesrepublik am 23. Mai 1949 in Kraft getretene Grundgesetz regelte in Art. 3 Abs. 2: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“. Art. 117 Abs. 1 legte des Weiteren fest, dass die geltenden Gesetze, die der jetzt verfassungsrechtlich verankerten Gleichberechtigung von Männern und Frauen auch nach Inkrafttreten des Grundgesetzes weiterhin widersprachen, bis zum 31. März 1953 an das Gleichberechtigungsgebot angepasst werden sollten. Eine gesetzliche Regelung kam allerdings erst mit dem Gleichberechtigungsgesetz vom 18. Juni 1957⁴⁸, welches am 1. Juli 1958 Gesetzeskraft erlangte, zustande. Ungeachtet dessen sah § 1356 BGB weiterhin vor: „(1) Die Frau führt den Haushalt in eigener Verantwortung. (2) Sie ist berechtigt, erwerbstätig zu sein, soweit dies mit ihren Pflichten in Ehe und Familie vereinbar ist.“ Noch hatte die sogenannte Hausfrauenehe Bestand und ein Ehemann konnte seiner Frau die Berufstätigkeit untersagen oder das Arbeitsverhältnis auflösen.⁴⁹ Erst das „Erste Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts“, das am 14. Juni 1976⁵⁰ beschlossen wurde und am 1. Juli 1977 in Kraft trat, regelte des Ehe- und Scheidungsrecht neu. Danach legte § 1356 BGB fest: „(1) Beide Ehegatten sind berechtigt, erwerbstätig zu sein. (2) Bei der Wahl und Ausübung einer Erwerbstätigkeit haben sie auf die Belange des anderen Ehegatten und der Familie die gebotene Rücksicht zu nehmen.“

Bis sich das Frauenbild in der CDU wandeln und die berufstätige Frau auf mehr Akzeptanz stoßen sollte, verging noch einige Zeit. Erst auf dem 33. Bun-

46 Kierey: gefragt, S. 61.

47 Dorothee Wilms: Warum sind viele Frauen unzufrieden?, in: Frauenland. Zeitschrift des Katholischen Deutschen Frauenbundes 3/4 (1969), S. 24f., hier S. 25.

48 Vgl. Bundesgesetzblatt I, S. 609.

49 Vgl. Ingrid Langer: Die Mohrrinnen hatten ihre Schuldigkeit getan... Staatlich-moralische Aufrüstung der Familien, in: Die fünfziger Jahre. Beiträge zu Politik und Kultur. Hg. von Dieter Bänsch (Deutsche TextBibliothek 5). Tübingen 1985, S. 108–131; Gabriele Müller-List (Bearb.): Gleichberechtigung als Verfassungsauftrag. Eine Dokumentation zur Entstehung des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 (Dokumente und Texte 2). Hg. Von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der Parteien. Düsseldorf 1996.

50 Bundesgesetzblatt I, S. 1421. Vgl. Eva Marie von Münch: Hausfrauen-Ehe abgeschafft, in: Die Zeit, 15. Oktober 1976; Birgit Meyer: Frauenpolitiken und Frauenleitbilder der Parteien in der Bundesrepublik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 34–35 (1990), S. 16–28.

desparteitag der CDU, der vom 20. bis 22. März 1985 in Essen⁵¹ stattfand, wurden die – auch in der CDU nicht unumstrittenen – „Leitsätze für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau“ verabschiedet. Die Begriffe „Wahl-freiheit“ und „Partnerschaft“ standen im Mittelpunkt der Diskussion; Dorothee Wilms leitete auf dem Bundesparteitag das Forum 2 „Frauen im Berufsleben“. Noch zehn Jahre später kritisierte sie „die überall in Essen zu spürende ‚lächelnde Nachsichtigkeit‘ vieler männlicher Parteifreunde“ und monierte, dass die CDU noch immer „hinter den offenkundigen faktischen Veränderungen in unserer Welt“ zurückblieb.⁵² Wichtig war ihr allerdings, wie vielen Frauen in der CDU, keine Fronten aufzubauen, sondern dem Begriff „Partnerschaft“ Inhalt zu geben: „Emanzipation bedeutete für sie [die Frauen] nicht die totale Loslösung von dem einen oder anderen Leitbild der Frau, sondern den Versuch, die Frau in ihrer freien Entscheidung zu sehen, sich dem einen oder anderen Lebensbereich oder beiden zusammen zuwenden zu können – und dies nicht gegen die Männer gerichtet, sondern in Partnerschaft mit ihnen.“⁵³

Einstieg in die Bundespolitik

Im Januar 1974 begann Dorothee Wilms' Tätigkeit in der Bundespolitik, sie wurde vom neu installierten CDU-Generalsekretär Kurt Biedenkopf zur stellvertretenden Bundesgeschäftsführerin der Partei berufen. Von 1974 bis 1976 stand sie in der reorganisierten CDU-Bundesgeschäftsstelle als Hauptabteilungsleiterin an der Spitze der Hauptabteilung II (Politik). Das IW beurlaubte sie zunächst ohne Bezüge, und sie erhielt ein Rückkehrrecht an ihren alten Arbeitsplatz. Wirtschaftliche Unabhängigkeit war ihr in der Politik immer wichtig, gemäß ihrer Maxime: „Unabhängigkeit in der Politik erwächst meist aus beruflicher Eigenständigkeit.“⁵⁴

Mit der Wahl von Helmut Kohl zum neuen Parteivorsitzenden im Jahr 1973 war in der CDU, nach der verlorenen Bundestagswahl 1972, Aufbruchstimmung entstanden. Die Bundesgeschäftsstelle, das neugebaute Konrad-Adenauer-Haus in Bonn, das die Partei im Januar des Jahres 1973 bezogen hatte, er-

51 Protokoll des 33. Bundesparteitags der CDU, in: http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Protokolle_Bundesparteitage/1985-03-20-22_Protokoll_33.Bundesparteitag_Essen.pdf (Abruf: 2. September 2013).

52 10 Jahre nach dem Essener Parteitag. Es geht weiter – Zeitzeuginnen 1985 berichten. Hg. von der Frauen Union der CDU. Bonn 1995, S. 29.

53 Dorothee Wilms: Es war eine andere Zeit, in: Beate Neuss/Hildigund Neubert (Hg.): Mut zur Verantwortung. Frauen gestalten die Politik der CDU. Köln u. a. 2013, S. 73–95, hier S. 85.

54 Dorothee Wilms: 33 Jahre aktiv in der Politik, in: Die Frau in unserer Zeit, Februar 1993, S. 33–40, hier S. 36.

lebte eine organisatorische Modernisierung.⁵⁵ Zusätzliches Personal wurde eingestellt und die Hauptabteilungen gestrafft sowie neu aufgestellt. Die Einflussmöglichkeiten der Partei auf die Ausgestaltung der Politik wurden erweitert. Auf dem 17. Bundesparteitag der CDU 1969 in Mainz war festgelegt worden, dass die Beschlüsse des Parteitags „als Grundlage für die Arbeit der CDU-Fraktionen und die von der CDU geführten Regierungen in Bund und Ländern verbindlich“ sein sollten.⁵⁶ Die Reformer im Parteiapparat bezogen wichtige Schlüsselpositionen. Die Weiterentwicklung von einer Honoratioren- zu einer Mitgliederpartei wurde in die Wege geleitet.

Dorothee Wilms' Arbeit in der Bundesgeschäftsstelle erforderte die Einarbeitung in viele neue Sachgebiete, was ihr aus ihrer Arbeit im IW durchaus vertraut war und ihr folglich nicht schwer fiel. Die Arbeitsweise in der Bundesgeschäftsstelle beschreibt sie als „locker“ und „informell“ und der dort herrschende Umgangston war für sie zunächst etwas ungewohnt, da das IW „streng hierarchisch“ aufgestellt war.⁵⁷ Die „Westfälischen Nachrichten“ bescheinigten ihr schon kurz nach ihrem Arbeitsbeginn, „aufgeschlossen für Kritik und von absoluter Offenheit“ zu sein und ein „nicht zu übersehendes Schwungrad“ in der neu aufgestellten Parteimaschinerie darzustellen.⁵⁸

In der Bundesgeschäftsstelle nahm Dorothee Wilms als Hauptabteilungsleiterin wieder eine Vorreiterrolle ein. Bislang gab es dort keine Frauen im höheren Management. Zu diesem Zeitpunkt arbeiteten weibliche Referentinnen nur in der Organisation der Frauenvereinigung. Auch im Bundesvorstand der CDU waren Frauen eher rar gesät.⁵⁹ So war zum Beispiel auf dem 17. CDU-Bundesparteitag in Mainz (17.–18. November 1969) Helga Wex zu einer der stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt worden und mit Anne Brauksiepe als Vorsitzende der Frauenvereinigung war eine weitere Frau Mitglied im Bundesvorstand.⁶⁰ 1973 waren mit Helga Wex, Ursula Benedix und Annemarie Griesinger nur drei Frauen im Bundesvorstand vertreten, die Situation änderte sich

55 Vgl. auch Frank Bösch: Die Krise als Chance. Die Neuformierung der Christdemokraten in den siebziger Jahren, in: Das Ende der Zuversicht. Die siebziger Jahre als Geschichte. Hg. von Konrad H. Jarausch. Göttingen 2008, S. 296–307.

56 Wulf Schönbohm: Die CDU wird moderne Volkspartei. Selbstverständnis, Mitglieder, Organisation und Apparat 1950–1980 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 7). Stuttgart 1985, S. 132.

57 Wilms: Zwischen Tradition und Emanzipation, S. 45.

58 Helmut Müller: Keine Schwierigkeit mit der Emanzipation, in: Westfälische Nachrichten, 26. Januar 1974.

59 Vgl. Petra Holz: Zwischen Tradition und Emanzipation. CDU-Politikerinnen in der Zeit von 1946 bis 1957. Königstein/Taunus 2004. Zur Zusammensetzung des CDU-Bundesvorstands vgl. <http://www.kas.de/wf/de/71.9054/> (Abruf: 2. September 2013).

60 Vgl. die Zusammensetzung des CDU-Bundesvorstands 1966–1973, in: <http://www.kas.de/wf/de/71.9401/> (Abruf: 2. September 2013).

erst allmählich ab Mitte der 1980er Jahre.⁶¹ Der Anteil der Frauen in der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag war von 1949 bis 1972 rückläufig, betrug die Anzahl in der 1. Wahlperiode 1949 bis 1953 noch 7,8 Prozent, so war sie in der 6. Wahlperiode (1969–1972) mit 5,6 Prozent auf den bislang niedrigsten Stand gefallen.⁶²

Ende des Jahres 1974 wurde Dorothee Wilms als einzige Frau in das Wahlkampfteam von Heinrich Köppler für den Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen berufen. Somit war sie ein bisschen auch „weibliches Aushängeschild“⁶³, obwohl sie sich auch hier nicht auf reine Frauenthemen reduzieren lassen wollte – und sicherlich keine „Alibi-Frau“ war. Ihr Auftreten im Wahlkampfteam Köppler wurde als „kämpferisch und realistisch zugleich“ beschrieben.⁶⁴

Ihre Arbeit in der Bundesgeschäftsstelle setzte sie fort. Trotz ihrer Arbeitsbelastung und ihrem politischen Engagement, kümmerte sie sich auch um ihre pflegebedürftigen Eltern, die noch in Grevenbroich lebten. Ende des Jahres 1974 verstarb ihr Vater; die erblindete Mutter lebte seit 1975 in einem Kölner Seniorenheim, wo sich die Tochter viel um die Mutter bemühte – trotz aller beruflichen Anspannung. Entspannung brachten ihr – damals wie heute – das Hören klassischer Musik, der Besuch von Konzerten, Lesen und Wanderungen im Hochgebirge.⁶⁵

1976 – Einzug in den Deutschen Bundestag

Der Machtwechsel zugunsten der CDU gelang bei den Landtagswahlen am 4. Mai 1975 in Nordrhein-Westfalen nicht.⁶⁶ Dorothee Wilms allerdings wurde für die Bundestagswahl 1976 der Wahlkreis Köln III (Neu-Ehrenfeld, Nippes und Chorweiler) angeboten. Bis 1994 vertrat sie diesen nicht ganz einfachen

61 Vgl. die Übersicht über die Zusammensetzung des Bundesvorstands 1973–1998, in: <http://www.kas.de/wf/de/71.9402/> (Abruf: 2. September 2013). Vgl. auch Ingrid Reichart-Dreyer: Politische Partizipation von Frauen in der CDU, in: Eva Malecky-Lewy/Virginia Penrose: Gefährtinnen der Macht. Politische Partizipation von Frauen im vereinigten Deutschland – eine Zwischenbilanz. Berlin 1995, S. 37–63.

62 Vgl. dazu Beate Hoecker: Parlamentarierinnen im Deutschen Bundestag 1949 bis 1990. Ein Postskriptum zur Abgeordnetensoziologie, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 4 (1994), S. 556–581, hier S. 561. Vgl. auch Hilke Rebenstorf: Frauen im Bundestag – anders als Männer. Soziodemographische Merkmale, Rollen- und Politikverständnis, in: Eliten in der Bundesrepublik. Stuttgart 1990, S. 52–72.

63 Thomas Greif: Die Frau in Köpplers Team, in: Deutsches Monatsblatt 11 (November 1974).

64 Maria Sand: Die CDU-Frauenvereinigung: Kämpferisch und realistisch, in: Westfälische Nachrichten, 15. März 1975.

65 Vgl. Axel Brower-Rabinowitsch: Die Frau, die Kohl in sein Kabinett holen will: Dorothee Wilms – sehr fähig, sehr fleißig, sehr fröhlich, in: Bild, 1. September 1976.

66 Vgl. dazu Hitze: Verlorene Jahre. Teil I: 1975–1985, S. 74f.

und heterogenen Wahlkreis. Sie zog immer wieder über die nordrhein-westfälische Landesliste in den Bundestag ein; eine Direktwahl zu gewinnen, war ihr nicht vergönnt. Aus diesem Grund war sie immer stolz, wenn „mein Erststimmenanteil etwas höher lag als der Zweitstimmenanteil“.⁶⁷ Die Pflege des Wahlkreises forderte viel Einsatz vor Ort, die Teilnahme an Schützenfesten und Karnevalssitzungen war obendrein immer mit einer Gratwanderung beim Auftreten verbunden.

Von 1976 an war die Zahl der weiblichen Abgeordneten in der Unionsfraktion wieder ansteigend und betrug 7,5 Prozent. Das Durchschnittsalter der Abgeordneten lag bei 47,3 Jahre⁶⁸ und 50 Prozent der Frauen waren ledig, verwitwet oder geschieden⁶⁹. Dorothee Wilms passte in den Durchschnitt der Abgeordneten hinein, auch mit Blick auf ihre Ausbildung. Im 8. Deutschen Bundestag hatten 84,2 Prozent der weiblichen Abgeordneten insgesamt eine Hochschulausbildung, in der CDU/CSU-Fraktion waren es 89,5 Prozent der Frauen.⁷⁰

Erste Einschätzungen der Presse bescheinigten ihr, eine „Pragmatikerin“⁷¹ zu sein, die sich nicht in eine Schublade einordnen lassen wollte. Im Deutschen Bundestag wurde sie ordentliches Mitglied im Ausschuss für Bildung und Wissenschaft und stellvertretendes Mitglied im Wirtschaftsausschuss. Ihr Hauptinteresse lag – auch bedingt durch ihre berufliche Tätigkeit – im Bereich der Bildungspolitik. Darüber hinaus war sie von 1980 bis 1982 eine der Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion; sie wurde mit 150 Stimmen bei drei Nein-Stimmen und sieben Enthaltungen gewählt. Ihre Aufgaben umfassten u. a.: Fragestunden, Aktuelle Stunden, Kontakte zu Institutionen und Verbänden, Repräsentation der Fraktion bei Veranstaltungen.⁷² Hier war sie als erste Frau in diesem Amt wieder eine Pionierin – erst von diesem Zeitpunkt an war einer der Posten des Parlamentarischen Geschäftsführers immer mit einer Frau besetzt. Dorothee Wilms musste sich in ihrem Amt gegen die teilweise herablassende Art einiger männlicher Kollegen durchsetzen.⁷³ Es war ihr durchaus bewusst, dass viele Angelegenheiten von den männlichen Parlamentariern in abendlichen Runden ausgehandelt wurden, bei denen die weiblichen Abgeordneten außen vor blieben. Als Parlamentarische Geschäftsführerin machte sie auch interessante Erfahrungen über das unterschiedliche Diskussionsverhalten zwischen Männern und Frauen – eine Erkenntnis, die sie mit vie-

67 Wilms: Zwischen Tradition und Emanzipation, S. 68.

68 Vgl. Hoecker: Parlamentarierinnen im Deutschen Bundestag, S. 569.

69 Vgl. ebd., S. 572.

70 Vgl. ebd., S. 574.

71 Eine Pragmatikerin strebt nach Bonn, in: Süddeutsche Zeitung, 2. September 1976.

72 Vgl. Geschäftsverteilung unter den Parlamentarischen Geschäftsführern, in: ACDP 08-001-426/1, -499/1 (Bestand CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag).

73 Vgl. Wilms: Zwischen Tradition und Emanzipation, S. 73.

len ihrer Kolleginnen teilt, wie die Beiträge in der Publikation „Mut zur Verantwortung“⁷⁴ zeigen. In ihren Augen bringen die meisten Frauen Probleme auf den Punkt, agieren lösungsorientiert und versuchen nicht, sich zur Schau zu stellen; viele männliche Politiker dagegen üben sich in der Kunst der Selbstdarstellung und leisten Debattenbeiträge um des Redens willen.⁷⁵ Nach ihrer Berufung zur Bundesministerin für Bildung wurde Agnes Hürland ihre Nachfolgerin. Daneben engagierte sich Frau Wilms auch bis 1987 im Bundesausschuss Kultur der CDU.

Ihre berufliche Tätigkeit beim IW nahm die unverheiratet gebliebene Politikerin bis zur Übernahme des Bundesministeriums für Bildung im Oktober 1982 wieder auf. In Teilzeit leitete sie ab 1979 die Forschungsstelle für bildungs- und gesellschaftspolitische Fragen. Sie war weiterhin Mitglied der Geschäftsleitung und nahm an deren Sitzungen teil. Auch hier zeigten sich wieder ihr diszipliniertes Handeln und ihr Durchhaltevermögen; neben der sicherlich anstrengenden und fordernden Abgeordnetentätigkeit behielt sie ihren Beruf bei. Denn wirtschaftliche Unabhängigkeit von der Politik und vor allem von der Partei bedeutete für sie immer auch die Möglichkeit, die eigenen Überzeugungen gegen Widerstände dezidiert zu vertreten. Da ihr Wahlkreis nicht in weiter Entfernung lag, sah Frau Wilms es als ihre Pflicht an, dort oft – auch abends – an Veranstaltungen teilzunehmen und sich um die Belange der Bürger zu kümmern. Die gänzliche Vereinnahmung durch den Politikbetrieb versuchte sie allerdings – schon aus Gründen der Selbsterhaltung – zu vermeiden und auch den Kontakt mit Familie und Freunden aufrecht zu erhalten.⁷⁶

Bundesministerin für Bildung und Wissenschaft (1982–1987)

1982, nach der Regierungsübernahme durch Helmut Kohl, wurde Dorothee Wilms als „Fachfrau“⁷⁷ zur Bundesministerin für Bildung und Wissenschaft berufen und war damit die einzige Frau im neuen Bundeskabinett. Ihre Ernennung stieß bei Helga Wex⁷⁸, einer starken und ehrgeizigen Frau, auf wenig Gegenliebe. Die Vorsitzende der Frauenvereinigung der CDU hatte sich Hoffnungen auf die Übernahme eines Bundesministeriums gemacht, kam aber beim Bundeskanzler nicht zum Zuge. Dorothee Wilms war Helmut Kohl „als äußerst engagierte stellvertretende CDU-Bundesgeschäftsführerin“⁷⁹ bekannt,

74 Vgl. Neuss/Neubert: Mut zur Verantwortung.

75 Vgl. Dorothee Wilms: 33 Jahre aktiv in der Politik, S. 36f.

76 Vgl. Kierey: gefragt, S. 54.

77 Handelsblatt, 4. Oktober 1982.

78 Vgl. Denise Lindsay: Helga Wex (1924–1986), in: Historisch-Politische Mitteilungen 18 (2011), S. 229–248.

79 Helmut Kohl: Erinnerungen 1982–1990. München 2005, S. 33.

die schon 1976 – noch ohne Ressort – zur anvisierten Regierungsmannschaft des damaligen Kanzlerkandidaten gezählt hatte.

Die Berufung einer Frau war im Grunde genommen unabdingbar, da es seit der Ernennung von Elisabeth Schwarzhaupt zur Bundesministerin für Gesundheitswesen im Kabinett Adenauer 1961 immer zumindest eine Frau in der Bundesregierung gegeben hatte. Dass Dorothee Wilms nicht das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit erhielt – sonst üblicherweise mit einer Frau besetzt –, sondern das Bildungsministerium, zeigt, dass sie aufgrund ihrer langjährigen beruflichen Tätigkeit als äußerst kompetent auf dem Gebiet der Bildungsfragen galt. Sie trat auch dementsprechend selbstbewusst auf. Nach ihrer Ernennung – von der sie im Nachhinein gesteht, dass diese sie in „ihrem politischen Leben am meisten überrascht“⁸⁰ hatte – erklärte sie: „Ich bilde mir ein, daß ich vom Fachlichen her genügend für dieses Amt mitbringe.“⁸¹ In ihrem Ministerium war sie allerdings von Beginn an Zwängen unterworfen, da die Bildungspolitik in die Kulturhoheit der Länder fiel und von diesen auch eisern verteidigt wurde. Noch im Nachhinein bedauerte sie: „Aber viele Kultusminister der Länder fürchteten engstirnig um ihren Einfluss – damals wie heute“⁸² und kritisierte das „überflüssige[.] Kompetenzgerangel“⁸³, das notwendige, sachlich wichtige Entscheidungen verhindert hätte.

Direkt nach ihrem Amtsantritt wurde Dorothee Wilms als Nachfolgerin des bisherigen SPD-Bundesbildungsministers Björn Engholm mit radikalen Sparmaßnahmen konfrontiert. Aufgrund der schlechten wirtschafts- und finanzpolitischen Haushaltslage und der hohen Staatsverschuldung war eine Konsolidierung der Staatsfinanzen für die neue Bundesregierung dringend geboten. Lösungsorientiertes Handeln war daher oberstes Gebot. Für das Bundesbildungsministerium war aus diesem Grund eine Umstellung der Förderung durch das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAFöG) auf ein zinslos gewährtes Darlehen unerlässlich, die Schülerförderung wurde – bis auf wenige Ausnahmefälle – komplett gestrichen. Die Kürzungen führten zu großen Protesten und Demonstrationen von Seiten der Studierenden sowie zu heftigen Auseinandersetzungen mit der politischen Opposition. Noch nachträglich führte die von ihr als unsachlich empfundene Art der Diskussion bei Dorothee Wilms zu Empörung, sie fühlte sich unverstanden und grundlos attackiert: „Das war nicht mehr die für mich aus den vergangenen Jahren gewohnte nüch-

80 Kierey: gefragt, S. 51.

81 Rudolf Spiegel: Eine Frau vom Fach für ein Fachministerium, in: Kölnische Rundschau, 13. Oktober 1982.

82 Wilms: Zwischen Tradition und Emanzipation, S. 86.

83 Dorothee Wilms: Zwischen Reform euphorie und veränderten Realitäten. Bildungspolitik 1982–1987, in: Norbert Lammert (Hg.): Persönlichkeitsbildung und Arbeitsmarktorientierung. Grundlagen und Perspektiven christlich-demokratischer Bildungspolitik. Baden-Baden 1992, S. 29–37, hier S. 31.

terne Atmosphäre sachlicher Auseinandersetzungen; das war oft blanke Emotionalität und Aggressivität.“⁸⁴

Durch die Umstellung auf ein Vollدارlehen sah sie aber die Möglichkeit zu solidarischem Handeln zwischen den einzelnen Studentengenerationen und appellierte „an die Moral der jungen Akademiker, dann, wenn sie gut verdienen, den nachfolgenden Studentenjahrgängen durch ihre Rückzahlung die Hilfe zu geben, die diese dann benötigen“.⁸⁵ Die Einführung von Studiengebühren stand für sie mit der Begründung „der sozialen Gerechtigkeit innerhalb einer Studentengeneration“ dagegen nicht zur Debatte.⁸⁶

Eine weitere Aufgabe der Ministerin war die Schaffung neuer und zusätzlicher Lehrstellen. Aufgrund von Einsparungen der Wirtschaft, bedingt durch die schlechte Wirtschaftslage, und das Drängen der geburtenstarken Jahrgänge auf den Ausbildungsmarkt war es zu Engpässen in diesem Sektor gekommen. Schon in seiner Regierungserklärung am 4. Mai 1983 hatte Bundeskanzler Kohl angekündigt: „In diesem Jahr werden alle Jugendlichen, die ausbildungswillig und ausbildungsfähig sind, eine Lehrstelle erhalten können“, verbunden mit der gleichzeitigen Einschränkung: „Allerdings wird nicht jeder – das sage ich schon seit Monaten – seinen Wunschberuf erlernen und nicht jeder dort in die Lehre gehen können, wo er möchte, wo er wohnt.“⁸⁷ Somit lag eines der Hauptaufgabengebiete der Bundesministerin im Einwerben neuer Lehrstellen. Immer wieder forderte sie die Beteiligten deshalb zu größeren „Kraftanstrengungen“ auf, so am 29. Juni 1984 im Deutschen Bundestag.⁸⁸

Zudem mahnte sie eine Verbesserung der beruflichen Qualifikation an und setzte sich für mehr Chancen von Mädchen auf dem Ausbildungsmarkt ein – ein Thema, das sich schon wie ein roter Faden durch ihre frühen Veröffentlichungen und Reden gezogen hatte. In ihren Augen war es dringend erforderlich, dass Mädchen sich von ihren traditionellen Rollenvorstellungen oder Ausbildungsberufen lösten, um eine qualifiziertere Ausbildung zu erhalten und somit bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu haben.⁸⁹ Ihr war es ein Anlie-

84 Wilms: *Zwischen Tradition und Emanzipation*, S. 81.

85 Carl-Christian Kaiser: Ein Appell an die Moral. Interview mit Dorothee Wilms, in: *Die Zeit*, 11. Februar 1983 (<http://www.zeit.de/1983/07/ein-appell-an-die-moral/seite-1>, Abruf: 2. September 2013).

86 Ebd.

87 Regierungserklärung Helmut Kohls am 4. Mai 1983, in: *Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte*, 10. WP, 4. Sitzung, S. 64.

88 Vgl. *Verhandlungen des Deutschen Bundestags, Stenographische Berichte*, 10. WP, 78. Sitzung S. 5742–5744, hier S. 5742. Vgl. auch Mit Plakaten auf der Suche nach Ausbildungsplätzen, in: *General-Anzeiger Bonn*, 15. Mai 1984; Bundesbildungsministerin Wilms im RP-Gespräch: „Mit aller Kraft für Lehrstellen“, in: *Rheinische Post*, 21. Juni 1984.

89 Vgl. Barbara Kaim: Wilms: „Die Kraft haben...“, in: *Rheinische Post*, 7. Dezember 1984; „Frauen sollen ihre Rolle wählen können“, in: *FAZ*, 7. Dezember 1984.

gen, das technische Interesse von Mädchen zu fördern. Zu diesem Zweck führte ihr Ministerium eine Reihe von Modellversuchen unter dem Oberbegriff „MINT – Mädchen in Naturwissenschaften und Technik“ durch, um jungen Frauen den Einstieg in „typische“ Männerberufe schmackhaft zu machen und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu erhalten sowie zu stärken.⁹⁰ Eine Diskussion, die auch heute noch nicht an Aktualität verloren hat.⁹¹ Von den Stellensuchenden forderte sie zudem ganz pragmatisch mehr Flexibilität und Mobilität.⁹² Mit dem Erreichten in Sachen Lehrstellen zeigte sie sich Ende des Jahres 1984 zufrieden, die Zahl der Lehrstellen war von 697.000 im Jahre 1983 auf 728.000 im darauffolgenden Jahr gestiegen.⁹³ Auch 1985 zahlte sich ihr beharrlicher Einsatz aus, und sie konnte in der Bundestagsdebatte am 4. Oktober 1985 erneut eine Besserung auf dem Lehrstellenmarkt verkünden. Die Wirtschaft hatte 730.000 Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt, und von 777.000 Bewerbern konnten 92 Prozent erfolgreich vermittelt werden.⁹⁴

Ein weiteres Projekt in ihrer Amtszeit war die Novellierung des Hochschulrahmengesetzes (HRG), das am 26. Januar 1976 in Kraft getreten war. Zu diesem Zweck wurde im Februar 1983 eine Sachverständigenkommission unter Prof. Dr. Werner Knopp eingesetzt. Für Dorothee Wilms stand im Vordergrund, „die akademische Ausbildung (...) elastisch den Anforderungen der Wissenschaft und Berufswelt anzupassen“ und eine bessere Förderung begabter Studenten zu ermöglichen, auch um so dem drohenden Anstieg der Arbeitslosigkeit unter Akademikern entgegenzuwirken.⁹⁵ In ihren Augen ermöglichte das neue Gesetz u. a. mehr Wettbewerb zwischen den Hochschulen sowie eine „Steigerung der Leistungsfähigkeit der Hochschulforschung durch Befreiung

90 Dorothee Wilms: Bildungspolitik für Frauen und Mädchen, in: Frau und Politik Heft 1 (Januar 1985), S. 4–6; Statement zum Hearing „Frauenbeschäftigung und neue Technologien“, 29. Januar 1985; Wolfgang Köhler: Wilms: Unser Arbeitsmarkt – Schwierigkeiten sind zum großen Teil eine Frauenproblematik, in: Bonner Rundschau, 10. September 1986; Reiner Scholz: SIEziehung statt ERziehung?, in: Die Zeit, 6. April 1990.

91 Vgl. Dorothea Siems: Was Frauen wollen, in: Die Welt, 25. April 2013.

92 Vgl. Frau Wilms Tip: Weiterbilden und mobil sein, in: Frankfurter Neue Presse, 3. August 1985.

93 Vgl. Eva-Maria Streier: 1984 glänzendes Ergebnis erreicht. Interview, in: Bonner Rundschau, 13. Dezember 1984. Vgl. auch: Michael Jungblut: Start zur Endrunde. Die deutsche Wirtschaft könnte genügend Ausbildungsplätze schaffen, in: Die Zeit, 7. September 1984; Gerlind Schaidt: Nur noch wenige Jugendliche ohne eine Lehrstelle. 93 Prozent sind schon vermittelt worden, in: Bonner Rundschau, 31. Oktober 1984.

94 Vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, 10. WP, 163. Sitzung, S. 12190f.

95 Dorothee Wilms: Mehr Freiraum für die Forschung, in: General-Anzeiger Bonn, 14. März 1985; Martin S. Lambeck: Gefragt sind Praxisnähe und Beweglichkeit. Interview mit Dorothee Wilms, in: Hamburger Abendblatt, 9. April 1985; „Besonders leistungsfähige Studenten müssen viel besser gefördert werden“. Interview mit Dorothee Wilms, in: Handelsblatt, 9. Juli 1985.

der sog. Drittmittelforschung von zu engen Reglementierungen“.⁹⁶ Die Novel-lierung trat nach längeren Beratungen am 28. März 1985 in Kraft und stellte – so die Einschätzung von Annette Schavan – „endgültig eine bildungspoliti-sche Wende hin zu mehr Eigenverantwortung und Selbständigkeit der Hoch-schulen“ dar.⁹⁷

Aufgrund der steigenden Zahl von Studierenden befürwortete die Bundes-bildungsministerin einschneidende Reformen an den Hochschulen, sie warb für eine zügigere Durchführung des Studiums und forderte einen Kriterienka-talog für die Aufnahme eines Postgraduierten-Studiums.⁹⁸ Auch war es ihr ein Anliegen, jungen Menschen mit Hochschulzugangsberechtigung eine berufli-che Ausbildung als „vernünftige Alternative zum Hochschulstudium“ vor Au-gen zu führen, wie sie in einer Rede vor der Westdeutschen Rektorenkonferenz am 7. November 1983 deutlich machte.⁹⁹ 1983 veröffentlichte sie 16 Thesen als Konzept für eine Hochschulpolitik der 1990er Jahre, die ihre immer wieder geäußerten Forderungen kurz und prägnant zusammenfassten.¹⁰⁰ In ihren Aus-führungen, die sie zunächst als „Denkanstöße“¹⁰¹ verstanden wissen wollte, setzte sie auf mehr Wettbewerb unter den Hochschulen, auch bei der Einwerb-ung von Drittmitteln; forderte eine bessere Ausbildung der Schüler, um ihre Studierfähigkeit zu steigern und einheitliche Mindestvoraussetzungen bei Stu-dienbeginn zu schaffen; darüber hinaus warb sie für die Ausbildung einer wis-senschaftlichen Elite. Auch in diesem Fall griff sie frühzeitig ein Thema auf, das noch heute Gültigkeit besitzt.¹⁰²

⁹⁶ Wilms: Zwischen Reformeuphorie und veränderten Realitäten, S. 32f.

⁹⁷ Vgl. BGBl I Nr. 18 vom 28. März 1985, S. 605 ([http://www.bgbl.de/Xaver/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBl&start=/*\[@attr_id='bgbl185018.pdf'\]#_Bundesanzeiger_BGBl__%2F*%2F*%5B%40attr_id%3D'bgbl185018.pdf'%5D__1372765254256](http://www.bgbl.de/Xaver/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBl&start=/*[@attr_id='bgbl185018.pdf']#_Bundesanzeiger_BGBl__%2F*%2F*%5B%40attr_id%3D'bgbl185018.pdf'%5D__1372765254256), Abruf: 2. September 2013). Vgl. auch Annette Schavan: Politische Pio-nierin. Zum 80. Geburtstag von Dorothee Wilms, in: Politische Meinung 479 (Oktober 2009), S. 63–65, hier S. 63.

⁹⁸ Vgl. Dorothee Wilms: Vier Jahre Studium müssen genügen, in: Rheinischer Merkur/Christ und Welt, 27. Juli 1985.

⁹⁹ Abgedruckt in Dorothee Wilms: Wettbewerb statt Bürokratie. Leitlinien für eine neue Hochschulpolitik aus der Sicht des Bundes. Bonn November 1983, S. 19–31, hier S. 24.

¹⁰⁰ Vgl. Thesen zu einer Hochschulpolitik für die 90er Jahre, abgedruckt ebd., S. 7–10.

¹⁰¹ Jutta Wilhelmi: Hochschulpolitik für die Neunziger Jahre: Laßt viele Blumen blühen. Interview mit Dorothee Wilms, in: Die Zeit, 30. Dezember 1983 (<http://www.zeit.de/1984/01/lasst-viele-blumen-bluehen>, Abruf: 2. September 2013).

¹⁰² Vgl. Roland Preuß: Elf Mal Elite. Bund und Länder küren Universitäten im Exzellenz-wettbewerb – drei haben ihren Titel wieder verloren, in: Süddeutsche Zeitung, 16. Juni 2012; Johann Osel: Warum den Elite-Universitäten die Forscher fehlen, in: Süddeutsche.de, 13. August 2012 (<http://www.sueddeutsche.de/bildung/exzellenzinitiative-warum-den-elite-universitaeten-die-forscher-fehlen-1.1440144>, Abruf: 2. September 2013); Stephan Leibfried (Hg.): Die Exzellenzinitiative. Zwischenbilanz und Perspektiven (Interdisziplinäre Arbeitsgruppen – Forschungsberichte 24). Frankfurt/Main 2010.

In ihrem Ministerium gelang es ihr im Übrigen den Anteil der neu eingestellten Frauen im höheren Dienst auf ca. 50 Prozent zu steigern, auch bei den Beförderungen war nahezu die Hälfte der Beförderten Frauen. Darüber hinaus waren 1983/84 doppelt so viele weibliche wie männliche Auszubildende eingestellt worden.¹⁰³

Bundesministerin für innerdeutsche Beziehungen (1987–1991)

Nach der Bundestagswahl 1987 trat ein unerwartetes Ereignis ein. Die FDP, die ihr Ergebnis der Bundestagswahl von 1983 von sieben Prozent auf neun Prozent verbessern konnte, forderte für ihren Spitzenpolitiker Jürgen Möllemann „auf Biegen und Brechen“¹⁰⁴ einen Platz am Kabinetttisch. Dies hatte zur Folge, dass Dorothee Wilms das Bildungsministerium verlassen und in das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen wechseln musste. Ihr wiederum sollte Heinrich Windelen, seit 1983 Amtsinhaber, Platz im Kabinett machen. Die Alternative war ihr sofort klar: „Wenn ich jetzt nein sage, geht meine politische Laufbahn langsam dem Ende zu – und das wollte ich nun auch nicht.“¹⁰⁵ Auch hier ist wieder Realismus, auch Ehrgeiz, sowie die ihr oft bescheinigte „Ehrlichkeit“¹⁰⁶ zu spüren.

Der Amtswechsel kam für viele Beobachter überraschend und wurde durchaus – wegen der von vielen als Brüskierung empfundenen Behandlung von Heinrich Windelen durch den Bundeskanzler – negativ kommentiert: „Der Proporz und die Optik verboten die Entlassung einer Frau aus dem Kabinett.“¹⁰⁷ Der darin mitschwingenden Kritik trat Dorothee Wilms gelassen entgegen: „Das Leben besteht darin, neue Aufgaben anzupacken.“¹⁰⁸

Ihre Ernennung zur Bundesministerin für innerdeutsche Beziehungen verband Helmut Kohl in der Fraktionssitzung vom 11. März 1987 mit der Hoffnung, „daß [sie] das, was sie übernommen hat, aus ihrem bisherigen Ressort an Erfahrung hier einbringt, um die Frage der Teilung unseres Landes wieder sehr stark auch im Bewußtsein der jungen Generation durch eine besondere Aktivität dieses Ressorts deutlich zu machen. Ich halte das für eine sehr, sehr wichti-

103 Vgl. Mehr Frauen im Bundesbildungsministerium tätig, in: Frau und Politik Nr. 10 Oktober 1985, S. 10.

104 Hans-Peter Schwarz: Helmut Kohl. Eine politische Biographie. München 2012, S. 388.

105 Wilms: Zwischen Tradition und Emanzipation, S. 88.

106 Vgl. Kierey: gefragt, S. 8f.

107 Karl Feldmeyer: Schwerer Beginn im neuen Amt, in: FAZ, 17. März 1987. Vgl. dazu auch Jürgen Gros: Politikgestaltung im Machtdreieck Partei, Fraktion, Regierung. Zum Verhältnis von CDU-Parteiführungsgremien, Unionsfraktion und Bundesregierung 1982–1989 an den Beispielen der Finanz-, Deutschland- und Umweltpolitik (Beiträge zur Politischen Wissenschaft 104). Berlin 1998, S. 257–261.

108 Claus Wettermann: Ärger über taktisches Kalkül, in: Kölner Stadt-Anzeiger, 12. März 1987.

ge Entscheidung.“¹⁰⁹ Da sie in seinen Augen einen „Kompaß der Politik“¹¹⁰ mitbrachte, stand für ihn außer Frage, dass sie kompetent genug war, die neue Aufgabe zu übernehmen.

Sie ließ sich in die „Pflicht“¹¹¹ nehmen und arbeitete sich in ihr neues Ressort in gewohnter Weise zügig ein; der Parlamentarische Staatssekretär Ottfried Hennig blieb ebenso im Amt wie zunächst der beamtete Staatssekretär Ludwig Rehlinger. So konnte sie sich auf erfahrene Mitarbeiter verlassen, auch wenn das Verhältnis zu Hennig nicht immer spannungsfrei war, da dieser sich durchaus selbst berechnete Hoffnungen auf die Nachfolge von Heinrich Windelen gemacht hatte.¹¹² Dazu kam sicherlich auch, dass Hennig als gebürtiger Königsberger und Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen (1979–1990) den Vertriebenenverbänden viel näher stand als die im Rheinland geborene Dorothee Wilms, die aus ihrer Heimatverbundenheit ebenfalls keinen Hehl machte.¹¹³

Die kritischen Stimmen in der Presse nach ihrer Ernennung verstummten schnell, die „Bonner Rundschau“ bescheinigte ihr sogar „etwas höchst Schlitzohriges vollbracht“ zu haben, in dem sie den bildungspolitischen Ansatz aus dem alten Ministerium ins neue verbracht habe und sich um das Näherbringen der innerdeutschen Problematik an die Jugend bemühte.¹¹⁴ Gelobt wurde ihre „unkomplizierte und natürliche Art“, die es Schülern und Studenten erleichtern würde, mit ihr ins Gespräch zu kommen.¹¹⁵ Die Verstärkung und Ausweitung der deutschlandpolitischen Bildungsarbeit war „der operative Ansatz für [ihr] politisches Handeln“.¹¹⁶

Das Bundeskanzleramt gab die großen Rahmenlinien in der Deutschlandpolitik vor und führte die Verhandlungen mit der DDR. Dem Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, das für die DDR-Führung ohnehin nicht existierte,

109 Protokoll der Fraktionssitzung vom 11. März 1987, in: ACDP 08-001-1081/2, S. 11.

110 Ebd., S. 10.

111 Vgl. Kierey: gefragt, S. 9.

112 Vgl. Sten Martenson: Ein Ministeramt, das die ganze Frau fordert, in: Stuttgarter Zeitung, 18. März 1988; Martin S. Lambeck: „Für meine Überzeugung laß ich mich beschimpfen“, in: Hamburger Abendblatt, 30. März 1988.

113 Vgl. die Serie „Deutsche zeigen ihre Heimat (4)“ in: Quick Nr. 51 (1989), in der Frau Wilms mit Begeisterung durch die Landschaft ihrer Kindheit führt und betont: „Heimat bedeutet für mich ein Stück Geborgenheit. Heimat hängt mit Familie und Jugendfreunden zusammen. Und natürlich mit der Landschaft und Stadt, in der ich groß geworden bin. Auch mit der Mentalität der Menschen dort.“

114 „Ich dachte mir: das wollen wir doch mal sehen“. Beachtliche Arbeit in einem wenig beachteten Amt: Dorothee Wilms, ein Jahr Chefin im Innerdeutschen Ministerium, in: Bonner Rundschau, 12. März 1988.

115 Arnd Brummer: Dorothee Wilms: Man kneift eben nicht, in: Darmstädter Echo, 14. März 1988.

116 Wilms: Zwischen Tradition und Emanzipation, S. 94. Vgl. auch Herbert Leicher: Mehr Klassenfahrten in die DDR. Interview mit Dorothee Wilms, in: Rhein-Zeitung, 19. März 1988.

tent war, verblieb es, die Politik ins Praktische umzusetzen und mit Leben zu erfüllen. Frau Wilms' Aufgabe lag darin – wie es die FAZ formulierte –, „die Pflege der zwischenmenschlichen Beziehungen unterhalb der operativen Arbeit des Kanzleramtes zu betreiben“.¹¹⁷ Einen „besonderen politischen Arbeitsschwerpunkt“ bildete für sie „die deutsche Einheit in Freiheit als politisches Ziel und Problem im In- und Ausland wieder stärker ins öffentliche Bewusstsein zu heben“.¹¹⁸ Dies sollte auch durch die „finanzielle und organisatorische Förderung vielfältiger deutschlandpolitischer Bildungsmaßnahmen in Bund und Ländern“ geschehen.¹¹⁹ Dazu gehörten u. a. die Organisation von Reisen ausländischer Besucher an die innerdeutsche Grenze, Förderung von Reisen Jugendlicher ins geteilte Berlin sowie eine Verstärkung der DDR-Forschung durch die Wissenschaft. Im Frühjahr 1988 wurde von ihr aus diesem Grund der Arbeitskreis Deutschlandforschung ins Leben gerufen.¹²⁰

Weitere Schwerpunkte bildeten die Förderung der Zonenrandgebiete sowie Aufgaben im humanitären Bereich wie etwa der Häftlingsfreikauf und die innerdeutsche Familienzusammenführung. Dorothee Wilms selbst unternahm als Ministerin Informationsreisen in den anderen Teil Deutschlands, um sich ein Bild über die Lebenssituation der Menschen zu verschaffen. Immer wieder pochte sie auf die Einhaltung der Menschenrechte in der DDR und setzte sich für humanitäre Erleichterungen ein.

Sie reiste darüber hinaus in die Hauptstädte der Welt, um den Blick für die noch offene deutsche Frage zu schärfen.¹²¹ Für ihre Rede am 25. Januar 1988 vor dem *Institut Français des Relations Internationales* und dem *Bureau International de Liaison et de Documentation* in Paris musste sie allerdings auch Kritik einstecken.¹²² Sie stellte fest: „Der Nationalstaat um seiner selbst willen,

117 Dorothee Wilms 80, in: FAZ, 10. Oktober 2009.

118 Dorothee Wilms: Bemerkungen zu Arbeitsschwerpunkten des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen. Diskussionsbeiträge zu Die Ära Kohl im Gespräch: IX. Die Deutschlandpolitik von 1982 bis 1990, in: Historisch-Politische Mitteilungen 15 (2008), S. 375–381, hier S. 375.

119 Dorothee Wilms: „Es gab ein Ministerium für gesamtdeutsche Fragen, ein Ministerium für gesamtdeutsche Antworten hat es nicht gegeben.“, in: Politik ist Dienst. Festschrift für Bernhard Vogel zum 80. Geburtstag. Hg. von Hans-Gert Pöttering. Köln u. a. 2012, S. 179–182, hier S. 182.

120 Vgl. Dorothee Wilms: Ungeahnte Dimensionen. Deutschlandforschung und der Prozess der Wiedervereinigung, in: Die Politische Meinung 475 (2009), S. 67–71. Vgl. auch Die politikwissenschaftliche DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Eckhard Jesse: Demokratie in Deutschland. Diagnosen und Analysen. Hg. und eingeleitet von Uwe Backes und Alexander Gallus. Köln u. a. 2008, S. 117–165.

121 Vgl. Jürgen Wahl: Minister-Kollegs für Bonns fragende Freunde, in: Rheinischer Merkur/Christ und Welt, 8. Juli 1988.

122 Vgl. Aktive Deutschlandpolitik im Rahmen der europäischen Einigung, in: Dorothee Wilms: Beiträge zur Deutschlandpolitik 1988. Hg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen. Bonn 1989, S. 39–54.

das ist weder Auftrag des Grundgesetzes noch entspricht dies unserem politischen Bewußtsein (...) Darum schließen wir Lösungen unseres nationalen Problems auf Kosten oder gar um den Preis eigener wie fremder Freiheit aus“¹²³ und fuhr fort: „Wir wünschen uns nichts so sehr, als daß *ganz* Europa, West-, Mittel- und Osteuropa und wir als Deutsche darin eingeschlossen, zu sich selbst zurückfindet“¹²⁴. Dies stieß auf Widerspruch in der Presse. Ihr wurde vorgeworfen, die Schaffung eines vereinten Europa als Vorbedingung für die Wiedervereinigung Deutschlands zu fordern und das im Grundgesetz festgelegte Wiedervereinigungsgebot nachrangig zu behandeln.¹²⁵ Dorothee Wilms selbst blieb gelassen und stand zu ihren Äußerungen.¹²⁶ Zudem wusste sie sich in einer Reihe mit der Politik Konrad Adenauers und empfand nach der gelungenen Wiedervereinigung durchaus „Genugtuung“¹²⁷, dass ihre politischen Grundsätze zum Erfolg geführt hatten.

Auch in einer Rede vor dem *Royal Institute for International Affairs* am 28. Juni 1988 in London betonte sie erneut die Verbindung von deutscher und europäischer Einigung: „Wir setzen auf den europäischen Weg zur deutschen Einheit. Wir setzen auf jenen dynamischen Prozeß, der in gleicher Weise zur Überwindung der europäischen wie der deutschen Teilung führt.“¹²⁸

In ihrem Amt hatte sie sich Respekt verschafft und galt als durchaus geeignet, andere Aufgaben zu übernehmen. Nach dem plötzlichen Rücktritt von Philipp Jenninger vom Amt des Bundestagspräsidenten im November 1988 herrschte Ratlosigkeit über dessen Nachfolge. Dorothee Wilms galt von Anfang an als eine der Favoriten für die Stellenneubesetzung, lehnte allerdings schon im Vorfeld ab.¹²⁹ Präsidentin des Deutschen Bundestages wurde Rita Süßmuth, die dafür ihr Amt als Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit aufgab. Als im März 1990 kurzzeitig die Ablösung von Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth zur Debatte stand, war Dorothee Wilms ebenfalls wieder als eine potentielle Nachfolgerin im Gespräch.¹³⁰

123 Ebd., S. 44.

124 Ebd., S. 45 [Hervorhebung im Original].

125 Vgl. Falsches über Deutschland, in: FAZ, 27. Januar 1988; „Endgültig disqualifiziert“, in: FAZ, 29. Januar 1988; Enno von Loewenstern: Was ängstigt Frau Wilms?, in: Die Welt, 1. Februar 1988; Das Grundgesetz fehlinterpretiert, in: Handelsblatt, 1. Februar 1988.

126 Vgl. Martin S. Lambeck: „Für meine Überzeugung laß ich mich beschimpfen“, in: Hamburger Abendblatt, 30. März 1988.

127 Vgl. Kierey: gefragt, S. 18.

128 Der europäische Weg zur deutschen Einheit, in: Dorothee Wilms: Beiträge zur Deutschlandpolitik 1988, S. 55–65, hier S. 59.

129 Vgl. Karl Hugo Pruy: Dorothee Wilms ist heiße Favoritin, in: Frankfurter Neue Presse, 18. November 1988; Stephan-Andreas Casdorff: Bundestagspräsident Jenninger tritt zurück – Als Nachfolgerin ist Dorothee Wilms im Gespräch, in: Süddeutsche Zeitung, 12. November 1988.

130 Vgl. Dorothee Wilms Favoritin für die Nachfolge, in: Express, 14. März 1990; Blüm und Geißler im Gespräch, in: Süddeutsche Zeitung, 15. März 1990.

In ihrer Rede am 25. Januar 1988 in Paris sagte Frau Wilms auch den bedeutungsvollen Satz: „Die Existenz des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen innerhalb der Bundesregierung rechtfertigt sich aus der Existenz der deutschen Frage; Aufgabe meines Ministeriums ist es, eine Antwort auf die deutsche Frage herbeizuführen und damit seine Existenz überflüssig zu machen.“¹³¹ Dass das prognostizierte Ereignis so schnell eintreten würde, damit hatte sie – wie sie ehrlicherwise eingestand – selbst nicht gerechnet. Nach spannungsreichen Monaten kam es am 9. November 1989 zur Öffnung der Berliner Mauer; den Tag selbst erlebte die Bundesministerin vor Ort in Berlin, da sie als Referentin auf einer Tagung der Historiker-Kommission des BMB auftrat.

Schon zuvor, während des in Bremen stattfindenden CDU-Bundesparteitags (11.–13. September 1989), war sie am 13. September 1989 zusammen mit Horst Waffenschmidt nach Passau geflogen und hatte dort die ersten DDR-Flüchtlinge, die aus Ungarn kommend in Bayern eingetroffen waren, im Namen des Bundeskanzlers begrüßt. Auf dem Parteitag beschrieb sie noch am gleichen Abend anschaulich ihre Erlebnisse und forderte ihre Partei auf: „Die CDU würde ihrem christlichen Vorzeichen und ihrem freiheitlichen Vorzeichen am besten gerecht werden, wenn sie den Übersiedlern und den Aussiedlern in den kommenden Wochen brüderlich die Hand reicht und ihnen den Weg in unsere Gesellschaft erleichtert.“¹³²

In die Verhandlungen über die deutsche Wiedervereinigung war ihr Ministerium nur in einer „dienende[n] Rolle“¹³³ involviert, da die Federführung beim Bundeskanzler und dem Bundesinnenminister lag und die entsprechenden Einzelverträge von den jeweiligen Fachressorts der Bundesministerien ausgehandelt wurden.

Im Januar 1991 wurde ihr Ministerium – über dessen Existenzberechtigung im Laufe der Jahre immer wieder diskutiert worden war – aufgelöst.¹³⁴ In einem Interview mit der „Berliner Zeitung“ im Oktober 1990 hatte sie sich für den Fortbestand ihres Hauses eingesetzt und angeregt, die Behörde in ein „Ministerium, das sich speziell mit Strukturfragen in den fünf neuen Bundesländern befaßt“ umzugestalten.¹³⁵ Diese Aufgabe wurde jedoch auf die Ressorts

131 Aktive Deutschlandpolitik im Rahmen der europäischen Einigung, in: Dorothee Wilms: Beiträge zur Deutschlandpolitik 1988. Hg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen. Bonn 1989, S. 39–54, hier S. 39.

132 Redebeitrag Wilms auf dem 37. CDU-Bundesparteitag, in: http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Protokolle_Bundesparteitage/1989-09-11-13_Protokoll_37.Bundesparteitag_Bremen.pdf (Abruf: 2. September 2013), S. 121f., hier S. 122.

133 Wilms: Zwischen Tradition und Emanzipation, S. 100.

134 Vgl. Vom Zeitgeschehen endgültig überholt, in: Stuttgarter Zeitung, 22. Januar 1991; Carl-Christian Kaiser: Nachruf auf ein Amt, in: Die Zeit, 25. Januar 1991.

135 Golo Schmidt: Innerdeutsches Ministerium hat seine Aufgabe erfüllt. Interview mit der Ministerin Dorothee Wilms, in: Berliner Zeitung, 1. Oktober 1990; Peter Christ: Pfründe in Gefahr, in: Die Zeit, 27. Juli 1990.

in den unterschiedlichen Ministerien verteilt, ein großer Teil der Beschäftigten des innerdeutschen Ministeriums wechselte ins Bundesministerium des Innern.

Weiteres Engagement in Politik und Gesellschaft

Nach der Auflösung ihres Ministeriums blieb Dorothee Wilms weiterhin politisch aktiv. Sie übte ihr Abgeordnetenmandat aus und konnte ihre langjährigen Erfahrungen aus dem innerdeutschen Ministerium in die Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, deren Einsetzung der Deutsche Bundestag am 12. März 1992 beschlossen hatte, einbringen. Sie wurde Obfrau der CDU/CSU-Fraktion in der Kommission, die nach längeren Beratungen am 20. Mai 1992 ihre Arbeit aufnehmen konnte und mit 43 Mitgliedern – 16 Abgeordnete, 16 Stellvertreter und elf Sachverständige – die bislang größte in der deutschen Geschichte war. Am 31. Mai 1994 legte die Kommission ihren ersten, rund 300 Seiten umfassenden Bericht vor, und es wurde beschlossen, die Arbeit in der 13. Wahlperiode in der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ fortzusetzen.¹³⁶

Am 17. Juni 1994 hielt Dorothee Wilms in der Bundestagsdebatte über den Bericht der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ ihre letzte Rede im Parlament. Der 17. Juni, von 1954 bis 1990 der Tag zum Gedenken an den Volksaufstand in der DDR und Nationalfeiertag in der Bundesrepublik Deutschland,¹³⁷ war ein passendes Datum für die ehemalige Bundesministerin für innerdeutsche Beziehungen. In der Debatte erläuterte sie noch einmal ihre Einschätzung der von Bundeskanzler Kohl in Gang gesetzten Deutschlandpolitik, die zur deutschen Einheit geführt hatte: „Die Regierungen Kohl/Genscher haben die Vertragspolitik mit der DDR nicht einfach fortgeführt, sondern nach einer Phase der Stagnation Anfang der 80er Jahre erheblich intensiviert, um die Folgen der Teilung Deutschlands für die Menschen erträglicher zu machen und das Bewußtsein von der nationalen Zusammengehörigkeit zu stärken. Dabei wurden die normative Distanz zum SED-Regime hervorgehoben und Konzessionen an das SED-Regime in grundsätzlichen Fragen abgelehnt.“¹³⁸ Zum Abschluss ihrer Rede for-

136 Vgl. Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Neun Bände in 18 Teilbänden. Baden-Baden 1995.

137 Vgl. Edgar Wolfrum: Geschichtspolitik und deutsche Frage. Der 17. Juni im nationalen Gedächtnis der Bundesrepublik (1953–1989), in: *Geschichte und Gesellschaft* 24 (1998), S. 382–411.

138 *Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte*, 12. WP, 234. Sitzung, S. 20460–20463, hier S. 20462.

derte sie, „die Lehren aus gemeinsamer deutscher Vergangenheit zu ziehen, aus Schuld und Verstrickung, aus Opfermut und Widerstand, aus menschlicher Schwäche und Uneinsichtigkeit. Das ist eine bleibende Aufgabe von Politik und Erziehung, von Elternhaus, Schule und politischer Bildung.“¹³⁹ Das Thema bewegte sie weiterhin, 1996 gab sie zusammen mit Rainer Eppelmann, Horst Möller und Günter Nooke das „Lexikon des DDR-Sozialismus“¹⁴⁰ heraus.

Die letzten Jahre im Bundestag bis zum Ausscheiden im Oktober 1994 waren angefüllt mit Informationsreisen, auch in die ehemaligen deutschen, jetzt in Polen liegenden, Ostgebiete. Nach der Aufgabe ihres Bundestagsmandats – zufällig mit Erreichen des 65. Lebensjahrs 1994 – engagierte sie sich in den Bereichen, denen ihr spezielles Interesse gehörte und achtete darauf, sich nicht mehr der „Diktatur des Terminkalenders zu unterwerfen“.¹⁴¹

Schon im Februar 1992 war Dorothee Wilms, seit 1968 Mitglied der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. (KAS), kommissarisch an deren Spitze gerückt, da Bernhard Vogel, bis dahin Vorsitzender des Vorstands, als Ministerpräsident nach Thüringen wechselte. Diese Tätigkeit übte sie allerdings – wie mit Bernhard Vogel und Helmut Kohl vereinbart – nur einige Monate aus. Als Vogel auch den Landesvorsitz der Thüringer CDU übernahm, ließ er den Vorsitz ruhen, und Gerd Langguth wurde im Januar 1993 zum Geschäftsführenden Vorsitzenden der KAS bestellt.

Am 1. Mai 1992 hatte Dorothee Wilms zudem den Vorsitz des Vorstands der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Rhöndorf als Nachfolgerin von Josef Rommerskirchen übernommen. Im Oktober desselben Jahres folgte sie dem verstorbenen Altbundespräsidenten Karl Carstens im Vorsitz des Kuratoriums der Stiftung nach – ein Amt, das sie bis zum Oktober 2011 mit viel Einsatz ausübte und das sie dann an den vormaligen nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers übergab.

Der Vereinigung der ehemaligen Abgeordneten von Bundestag und Europäischem Parlament war sie gleich nach ihrem Ausscheiden aus dem Deutschen Bundestag beigetreten. Von April 2000 bis März 2004 fungierte sie als gewählte Präsidentin dieser Organisation in Berlin.¹⁴²

139 Ebd., S. 20463.

140 Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik (Studien zur Politik 29). Paderborn 1996. Vgl. Achim Wahrenberg: Von „Agitation“ bis „Zusammenbruch“, in: Märkische Allgemeine, 1. November 1996; Raimund Neuß: Am Beispiel der IM's Details der Diktatur sichtbar gemacht, in: Bonner Rundschau, 12. Dezember 1996.

141 Was macht eigentlich ... Dorothee Wilms?, in: Union, das Magazin der CDU, 1. März 2009.

142 Vgl. die Auflistung der früheren Vorsitzenden und Geschäftsführer auf der Homepage der Organisation http://www.vemdb.de/index.php?article_id=34&clang=0 (Abruf: 1. November 2013).

Der Wissenschaft blieb die ehemalige Bundesministerin für Bildung weiterhin treu und wurde 1991 Mitglied der in Bonn ansässigen Kommission für Zeitgeschichte e. V., einer 1962 gegründeten Vereinigung, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, „die politische und soziale Geschichte des deutschen Katholizismus im 20. und 21. Jahrhundert mit deren Wurzeln im 19. Jahrhundert zu erforschen“.¹⁴³

2001 betätigte sich Dorothee Wilms selbst in der Forschungsförderung mit der Gründung einer nicht-selbständigen Stiftung, angesiedelt im Deutschen Stiftungszentrum Essen. Das eingebrachte Stiftungskapital stammte zum großen Teil aus dem mütterlichen Erbe von Frau Wilms. In ihren Augen stellt eine Stiftung ein „hervorragendes Element bürgerlichen Engagements“¹⁴⁴ dar. Ziel der Stiftung ist die Förderung geisteswissenschaftlicher Forschung, und dabei ist eine bevorzugte Unterstützung junger Wissenschaftlerinnen vorgesehen. „Junge Frauen sind zwar in den geisteswissenschaftlichen Fächern mittlerweile oftmals in der Mehrzahl. Allerdings tun sie sich außerordentlich schwer, nach dem ersten akademischen Abschluss an die Fördertöpfe zu gelangen. Aus welchen Gründen auch immer.“¹⁴⁵ Auch dies war ein Thema, das sich wie ein roter Faden durch die Veröffentlichungen von Frau Wilms zog. So hatte sie sich schon 1960 Gedanken über bessere berufliche Chancen von Akademikerinnen gemacht.¹⁴⁶

Resümee

1984 schrieb Dorothee Wilms in einem Beitrag: „Die Karriere fällt niemandem in den Schoß. Genauso wie von Männern wird auch von Frauen hohe Leistungsbereitschaft, viel Durchhaltevermögen und häufig das Zurückstecken persönlicher Wünsche verlangt. Auch das berühmte ‚Quentchen Glück‘ darf nicht fehlen, wenn sich der Erfolg einstellen soll.“¹⁴⁷ Diese Worte lesen sich wie ein sehr knappes Fazit ihrer politischen Laufbahn.

Dorothee Wilms hat in vielen Bereichen eine Vorreiterrolle eingenommen oder gehörte zumindest zu einer Gruppe von wenigen Frauen, die sich in Spit-

143 Homepage <http://www.kfzg.de/Organisation/organisation.html> (Abruf: 2. September 2013).

144 Neue Stiftung für Geisteswissenschaftler, in: Berliner Zeitung, 8. August 2001.

145 Homepage http://stiftungen.stifterverband.info/t293_wilms/index.html (Abruf: 2. September 2013).

146 Vgl. Dorothee Wilms: Führungsaufgaben in der Wirtschaft, in: Stifterverband für die deutsche Wissenschaft (Hg.): Die Akademikerin. Jahrbuch 1960. Essen 1960, S. 89–92. Vgl. auch Dorothee Wilms: Zur Einführung, in: Frauen in Forschung und Lehre: Gleichstellung als politische Herausforderung. Vorträge und Beiträge der Politischen Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Heft 21. Hg. von Jörg-Dieter Gauger. Bonn 1992.

147 Dorothee Wilms: Nachwort, in: Die Christdemokratinnen – Unterwegs zur Partnerschaft. Hg. von Renate Hellwig. Herford 1984, S. 341–346, hier S. 344.

zenpositionen durchsetzen konnten. Hierbei waren ihr ihre Erziehung zur Disziplin und ihr Wille, Leistung zu erbringen, sowie ihr Pragmatismus sicherlich wichtige Stützen. Dass eine solche Karriere auch persönliche Einschränkungen mit sich bringen würde, war ihr von vorneherein klar. Auf die Frage, ob ihre Karriere bis zu diesem – frühen – Zeitpunkt so möglich gewesen wäre, wenn sie verheiratet wäre, hatte sie schon 1973 entschieden mit Nein geantwortet.¹⁴⁸ Auf die Frage, „ob Frauen mehr leisten [müssen] als Männer, wenn sie Karriere machen wollen“, antwortete sie 1984 mit einem entschiedenen und klaren „Ja.“¹⁴⁹

Sie befürwortete pragmatisches Handeln. Allerdings betonte sie auch immer die Notwendigkeit vom Festhalten an Werten und sozialen Maßstäben und blieb ihren Grundsätzen treu. Proporzdenken war ihr ebenfalls fremd. Sie war und ist eine Realistin, die von sich selbst sagte: „Ich habe immer die Gelegenheit, die mir real angeboten wurde, geprüft und wenn ich meinte, ich sollte sie ergreifen, so hab ich das getan und mich gefreut, wenn es wieder ein Stück aufwärts war.“¹⁵⁰

Dirigismus und die Einschränkung der persönlichen Freiheit lehnte Dorothee Wilms – sicherlich auch bedingt durch ihre als Erlebte als Heranwachsende in der nationalsozialistischen Diktatur und durch Erfahrungen als Ministerin für innerdeutsche Beziehungen – kategorisch ab. „Die Mißachtung des Menschen und seiner Freiheitsrechte, wo auch immer dies geschieht“, stellte für sie das „größte Unglück“ dar.¹⁵¹

In der Frage der Quote zeigte sie sich eher ablehnend, denn in ihren Augen stand und steht „das demokratische Wahlprinzip und das Prinzip von Eignung, Qualifikation und Leistung der Quotierung entgegen“.¹⁵² In einer Quotenregelung sah sie kein Mittel zur Problemlösung, sondern eher eine Gefahr, neue Ungerechtigkeiten zu erzeugen. Zudem sah sie eine Schwierigkeit auch in der Tatsache angesiedelt, dass Frauen weniger hart und rücksichtslos agierten als Männer und sich folglich weniger durchsetzen könnten.¹⁵³ Die Lösung des Problems der Unterrepräsentation von Frauen im politischen Leben lag für sie nicht in der Einführung einer Quote, sondern in einer Änderung des Denkens und Handelns und einer Stärkung des „Partnerschaftsgedankens“.¹⁵⁴ Für sie war eine „gegenseitige Anerkennung von Stil und Verhaltensformen von Männern und Frauen in der Politik“ ausschlaggebend. Zudem sollten die Frauen

148 Vgl. ebd., S. 9.

149 Berger: gefragt, S. 64.

150 Marianne Brink: In sachlicher Diskussion einen gemeinsamen Weg finden, in: Frau und Politik Nr. 12 Dezember 1973, S. 8f., hier S. 9.

151 Fragebogen der FAZ, 11. November 1988.

152 Wilms: 33 Jahre aktiv in der Politik, S. 39. Vgl. auch Kierey: gefragt, S. 58.

153 Vgl. Kierey: gefragt, S. 60.

154 Ebd., S. 61.

sich der gleichen Instrumente bedienen wie die Männer, z. B. Netzwerke bilden und sich untereinander stärker fördern.¹⁵⁵

Der Ende der 1960er/Anfang der 1970er Jahre aufkommenden neuen Frauenbewegung¹⁵⁶ mit ihrer lauten und zum Teil sehr aggressiven Sprache stand sie skeptisch und ablehnend gegenüber. Ihrem partnerschaftlichen Denken war der „militante Feminismus“ vieler dort aktiver Frauen ebenso fremd wie deren streitlustiges und herausforderndes Auftreten.¹⁵⁷ In ihren Augen konnte nur durch ein Miteinander von Männern und Frauen die gesellschaftliche Situation verändert werden. Zudem wollte sie den Frauen auch die Wahl lassen, wie sie ihr Leben zu gestalten wünschten; für sie galt und gilt das Prinzip „Wahlfreiheit in Partnerschaft“.¹⁵⁸

Dorothee Wilms engagierte sich von Anfang an mit Leidenschaft im Bereich der Bildungspolitik. Schon in ihrer ersten beruflichen Laufbahn in der Wirtschaft war ihr Hauptaugenmerk auf Fragen der beruflichen Aus- und Weiterbildung gerichtet und hier war es ihr ein Anliegen, die berufliche Bildung von Mädchen und Frauen zu stärken. Die Forderung nach Gleichberechtigung war bei ihr eine Forderung nach gleichen Bildungschancen. Mit Hilfe der Bildungspolitik sah sie auch die Möglichkeit, die Lebensbedingungen der Mädchen und Frauen künftiger Generationen gezielt zu verbessern und mehr „Chancengerechtigkeit“ zu erreichen.¹⁵⁹ Sie hat immer wieder früh Themen angesprochen, die heute noch immer nichts an Aktualität verloren haben.

Die „Rheinländerin aus Leidenschaft“¹⁶⁰ blieb ihrer Heimat immer verbunden und verlor dabei auch nicht die Bodenhaftung. Dorothee Wilms schaffte es durchaus – wie sie es 1988 im Fragebogen der FAZ¹⁶¹ formulierte –, „ein Mensch [zu sein], der andere Menschen nicht vergißt und übersieht“.

155 Wilms: 33 Jahre aktiv in der Politik, S. 40.

156 Vgl. hierzu Marianne Hochgeschurz: Zwischen Autonomie und Integration: Die neue (west)deutsche Frauenbewegung, in: Florence Hervé (Hg.): Geschichte der deutschen Frauenbewegung. 6. verbesserte und aktualisierte Auflage Köln 1988, S. 15–184; Ute Gerhard: Westdeutsche Frauenbewegung: Zwischen Autonomie und dem Recht auf Gleichheit, in: Feministische Studien 2 (1992), S. 35–55; Barbara Holland-Cunz: Die alte neue Frauenfrage. Frankfurt/Main 2003.

157 Vgl. Wilms: zwischen Tradition und Emanzipation, S. 51.

158 Wilms: Es war eine andere Zeit, S. 85.

159 Wilms: Nachwort, S. 345.

160 Schavan: Politische Pionierin, S. 63.

161 Fragebogen der FAZ, 11. November 1988.